Einzelpreis 80 Mark — Halle, Mittwoch, den 21. Februar — Jahrg. 1923 • Nr. 44

Schriftleitung: Harz 42/44. Fernruf Nr. 4667. Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage mit dem täglich. Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Den Frauen" und „Unsere Jugend". Unverlangt eingesandt. Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Sprechstunden der Redaktion: mittags von 12 bis 1 Uhr. Das „Volksblatt" ist das Publikationsorgan der genossenschaftlich. u. gewerkschaftl. Organisat. u. amtl. Organ verschied. Behörden

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 4605. Buchhandlg. u. Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstr. 27. Postscheckkonto Nr. 208 19 Erfurt. Bezugspreis für Februar: wöch. 400 Mk., monatl. 1600 Mk. inkl. Zustellungs-Gebühr. Für Selbstabholer 380,— Mk. wöchentl. bzw. 1520 Mk. monatlich. Durch die Post bezogen monatl. 1600 Mk. Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Millimeterzeile 80 Mk., als Reklame im Textteil 300 Mk. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormitt. für die Ifbe. Nr.

Die Antwort der mitteldeutschen Bergarbeiter

Der KPD. zur Lehre.

H. Halle, 21. Februar.

In der Lerchenfeldstraße im kommunistischen Palais herrschte am letzten Sonntag große Aufregung; die letzten Vorbereitungen wurden getroffen, um den Scharen der Bergarbeiter aus ganz Mitteldeutschland einen feierlichen Empfang zu bereiten. Galt es doch Rath zu pflegen, wie man seinen schlimmsten Gegner, den Bergarbeiterverband, zur Strecke bringen könne. Um die herbeigeströmten Kumpels unterzubringen, war der große Saal bereitgestellt und die Moskauer Befehlsempfänger hielten bangenden Ausblick nach den ersten Ankömmlingen.

Erst lange nach der festgesetzten Tagungszeit, als endlich der letzte Kumpel herbeigeströmt war, eröffnete der Vorsitzende die mit großen Hoffnungen und noch viel größerem Lärm einberufene Parteibezirkskonferenz der kommunistischen Bergarbeiter Mitteldeutschlands. Auf dieser Tagung müssen große und fürchterliche Beschlüsse gefaßt worden sein, denn der „Klassenkampf" hüllt sich ganz im Gegensatz zu seiner bisherigen Gewohnheit in tiefes Schweigen über den „prächtigen Verlauf und den glänzenden Sieg über die Amsterdamer". Er hat aber auch alle Veranlassung zum Schweigen; denn er, der den Mund nie voll genug nehmen kann, wenn es einen Scheinsieg über die Gewerkschaften zu registrieren gilt, hätte sonst berichten müssen, daß von 152 000 Bergarbeitern Mitteldeutschlands ganze 20 Delegierte zur Befehlsausgabe der Moskauer Usurpatoren herbeigeströmt waren. Und unter diesen 20 Gläubigen befanden sich überdrein noch 5 Horchposten von denen, die Mamms genug sind, ohne die Vormundschaft der Moskauer ihre Angelegenheiten zu regeln. Und das muß der KPD. in ihrer Heimatz passieren. Es ist deshalb auch verständlich, daß der „Klassenkampf" in seiner Montagsnummer einen Schimpfartikel niedrigster Art gegen den Bergarbeiterverband schrieb, worin er sich stolz brüstet der feigen Haltung des von Moskau bezahlten KPD.-Sekretärs Lademann, der sich erst nach gewöhnlicher Schwindelei in einer Versammlung das Wort erschlichen hatte, um in gefälschter Weise Arbeiter gegen Arbeiter zu hetzen. Die KPD. prunkt sich nunmehr auch nicht zu wundern, wenn zweifelhafte Subjekte in ihr ein Spitzeldomizil erblicken, nachdem der „Klassenkampf" dieses Handwerk als große Tat dokumentiert hat. Jenes Treiben hat die mitteldeutschen Bergarbeiter schon längst angewidert, und sie haben durch ihr Fernbleiben der KPD. die einzig richtige Antwort gegeben. Je mehr die Kommandierten von Moskau die Bergarbeiter gegen ihre Organisation hetzen, um so treuer werden die Bergarbeiter zu ihrem Verbande stehen. Es ist, wie es immer war; Reaktionäre Arm in Arm mit den Kommunisten unter der Parole: „Nämmt auf mit dem Bergarbeiterverbande". Die Kumpels haben diese Losung richtig verstanden. Sie haben bewiesen, daß sie Manns genug sind, sich nicht zum Totengräber ihres Verbandes herzugeben.

In welchem Gegensatze das Geschrei des „Klassenkampf" zur Wahrheit steht, erfährt man am besten aus einem Schreiben der KPD.-Abteilung Gewerkschaften, Gruppe Bergbau, vom 27. Januar 1923. Dort heißt es u. a. hinsichtlich der bevorstehenden Betriebsratswahlen im Bergbau wörtlich:

„Eigene kommunistische Listen können nicht in Frage kommen, da unsere Kraft nicht ausreicht, um eventuellen Ausschlüssen aus dem Bergarbeiterverband den notwendigen Widerstand entgegensetzen zu können."

Und in einem weiteren Absatze heißt es gleichfalls wörtlich:

„In all den Fällen, wo es uns auf Grund unserer Schwäche nicht möglich ist, unsere Kandidaten an aussichtsreicher Stelle auf die Liste des Bergarbeiterverbandes zu bringen, müssen unsere Genossen für die von der Union aufgestellten Kandidaten stimmen."

Das teilt die KPD. ihren Funktionären vertraulich mit, in ihrer Presse und in ihren Versammlungen aber behauptet sie wider besseres Wissen, 5 Minuten vor der wirtschaftlichen und politischen Machtergreifung zu stehen. Sie behauptet weiter bei jeder Gelegenheit, die beste Stütze der Gewerkschaften zu sein (!), und hier treibt sie ihre Anhänger zur Union.

Daraus mögen die Bergarbeiter ersehen, wie es um die Stärke der KPD. bestellt ist, daß ihre Tätigkeit Verwirrung in die Arbeiterschaft trägt, die nur den Werksherren zugute kommt. Daß heute auf einer ganzen Reihe von Werken die Beamten in oft rücksichtsloser Weise gegen Betriebsräte und Arbeiter vorgehen, ist nur dem organisationszerstörenden Treiben der KPD.-Führer zu verdanken, die vertraulich den Zerfall der FSD. zugeben, gegenüber den Massen aber nicht den Mut haben, sich in Reih und Glied mit den erprobten Kämpfern der freien Gewerkschaften zu stellen.

Das Unrecht wird immer größer.

Dégoutte als Förderer des Verbrechertums

Die deutschen Eisenbahner vor neuen entscheidenden Maßnahmen.

Dortmund, 21. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Jeder weitere Tag der Ruhrbesetzung setzt Frankreich und Belgien immer mehr ins Unrecht, und im Verhältnis zu diesem größer werdenden Unrecht wächst nicht nur die deutsche Abwehrneigung, sondern auch der Unmut gegen Frankreich und seine Methoden im neutralen Auslande. Kaum ein englischer oder amerikanischer Journalist im Ruhrgebiete deckt die Gewaltmethode der französisch-belgischen Besatzung, und als wir gestern mit dem schwedischen Reichstagsabgeordneten Genossen Engberg, der sich in Begleitung eines Vertreters der Gewerkschaften, Genossen Backlund, hier aufhält, über die Lage und die Taktik der Eindringlinge sprachen, kam eine starke Entrüstung zum Ausdruck, die schwer in Worte zu kleiden ist. Engberg, der dem Abrüstungsausschuß des Völkerbundes als Vertreter der schwedischen Regierung angehört, erklärte weiter, daß es ein Fiasko für die deutsche Arbeiterbewegung und die Arbeiterbewegung überhaupt gewesen wäre, wenn Deutschlands Arbeiter gegen den Einbruch nicht den Kampf durch passive Resistenz aufgenommen hätten!

Aber was stören alle Entrüstungsrufe der Welt Herrn Poincaré? Für den Verlust seiner Sympathien im Auslande hat er teilweise Ersatz gefunden. Das Verbrechertum in Essen steht auf seiner Seite, seitdem seine Beauftragten die größte Stadt des Industriegebietes von Polizei entblößt haben und Räuber und Diebe ihr Handwerk ohne Schwierigkeit ausüben können. Es ist, wie mir amtlich versichert wird, statistisch nachgewiesen, daß die Verstöße gegen das Gesetz seit der Dienstentbehrung der Polizei im Verhältnis zu den letzten Monaten stark zugenommen haben. Gegen pflichttreue deutsche Staatsbürger — nicht gegen die Verbrecher — werden indessen die Gewaltakte fortgesetzt. Eine Verhaftung jagt die andere, und nachdem man bisher im neubesetzten Gebiet ausnahmslos allen höheren Beamten widerrechtlich den Aufenthalt versagt hat, wird jetzt die Pflichttreue der mittleren Beamtenschaft zu Reich und Staat ebenfalls mit der Ausweisung bzw. Verhaftung beantwortet. Selbst an der Grenze des unbesetzten Gebietes sind die Ausgewiesenen ihrer Haut nicht sicher. Der schon seit mehreren Tagen ausgewiesene Amtmann von Datteln hielt sich z. B. jenseits der Lippe auf. Gestern vormittag überschritt eine belgische Reiterpatrouille den Fluß und verschleppte den Amtmann ins besetzte Gebiet. Systematisch wird auch die Entfernung deutscher Eisenbahner aus den Dienstwohnungen und deren Uebergabe an die französischen und belgischen Eisenbahner in Gesamtstärke von 10 000 Mann weiterbetrieben. Die Gewaltmaßnahmen sind von neuem Drohungen begleitet. Gestern warnte Herr Dégoutte durch Anschlag die Bevölkerung vor Sabotage und droht die Verhaftung jener Gemeindebeamten an, in deren Verwaltungsbezirk Sabotage geübt wird. Gleichzeitig soll die betreffende Gemeinde mit einer großen Geldbuße bestraft werden, die man gegebenenfalls durch Fortsetzung der Straßenräubereien eintreiben will. Die Bevölkerung tut gut, sich entsprechend vorzubereiten. Wenn es überall so geht wie in Gelsenkirchen, wird man jedenfalls von den Eintreibungen nicht viel haben. Seit fünf Tagen sind die Franzosen hier glücklich dabei, 100 Millionen Mark mit Gewalt zu kassieren. Am Dienstagnachmittag war der Betrag, laut Mitteilung des französischen Rechnungsamtes in Düsseldorf, noch nicht vollständig geraubt. Die Truppe erhielt infolgedessen Anweisung, in der Stadt weiter zu verbleiben. Verbringt sie auch den sechsten Tag noch in Gelsenkirchen, dann werden die 100 Millionen gerade dazu reichen, den Aufwand an Kost und Löhnung für das starke Truppenaufgebot zu begleichen. Und dafür verscherzt sich Frankreich im Ausland eine Sympathie nach der andern, dafür werden französische Reservisten zur Uebung eingezogen?

Durch die Haltung der Bevölkerung muß schließlich jede Maßnahme der Besatzung trotz Ausweisungen und Verhaftungen scheitern. Am Dienstag sollten die Zollmaßnahmen in Kraft treten. Das einzig Positive, was Poincarés Beauftragte während ihrer Anwesenheit im Ruhrgebiete für sich überhaupt erreicht haben, ist das Lahmlegen großer Eisenbahnlinien mit der Absicht, sie zu militarisieren und betriebsfähig zu machen. Wie diese Betriebsfähigkeit aussieht, beweisen die zahlreichen Unglücksfälle. Aber auch an dieser Betriebsfähigkeit sollen die Franzosen und Belgier nicht mehr lange Freude haben. Die Eisenbahner werden ihnen bald zeigen, daß militarisierte Eisenbahnen in gewissem Sinne auch ohne Soldaten „entmilitarisiert" werden können. Das gilt für alle von den Franzosen und Belgiern bedienten Linien einschließlich der von den Engländern in Aussicht gestellten.

Cuno über Poincarés Ziele.

Budapest, 21. Februar. (WTB.)

Reichskanzler Dr. Cuno äußerte sich einem Vertreter des „Pester Lloyd" gegenüber über die Ziele der französisch-belgischen Politik, es bestehe in Europa kein Zweifel mehr, daß diese die völlige Auflösung des Deutschen Reiches und der Reichsgrenzen seien. Es habe für Deutschland nur ein Mittel gegeben, die Besetzung des Ruhrgebietes zu vermeiden, nämlich die Unterwerfung unter die Ziele der französischen Politik. Diese aber sei mit der Existenz und der Souveränität Deutschlands und dürfe von keiner deutschen Regierung anerkannt werden. Deutschland wird sich mit allen von zu Gebote stehenden Mitteln (da es waffenlos ist, kann natürlich nur das Mittel der passiven Resistenz in Frage kommen. D. Red.) gegen den französisch-belgischen Anschlag kämpfen.

Vormittag 10 Uhr: Dollar 22240

Tendenz: Schwächer.

Holzhändlergewinne auf Kosten des Staates.

Wir entnehmen den nachstehenden Aufsatz der letzten Ausgabe der Holzarbeiterzeitung. Der Artikel zeigt, in wie unverantwortlicher Weise ein vom bürgerlichen Geist durchdrungenes und geleitetes Ministerium mit den wertvollen, der Allgemeinheit gehörenden Staatsforstbeständen umspringt und auf diese Weise bewirkt, daß der Holzhandel ungeheure Gewinne auf Kosten des Volkes einsteckt. Die preußische Stundungsordnung bei Bezahlung der von der preußischen Forstverwaltung gelieferten Rundhölzer ist ein der immer noch geduldeten kapitalistischen Steuersabotage ebenbürtiger Skandal.

(Red. des „Volksblatt".)

Anfang Februar war in den deutschen Wäldern das Rundholz 10 000- bis 12 000mal teurer als in der Vorkriegszeit. Das Holz marschiert bei der Verteuerung an der Spitze aller Waren. Angesichts dieser Tatsache könnte man meinen, die Rundholzkäufer wären besonders schlimm daran. Sieht man sich die Sache aber näher an, dann kommt man zu einer ganz anderen Meinung. Die Staatsforstverwaltungen sorgen schon dafür, daß die Rundholzkäufer nicht zu kurz kommen. Ihre Fürsorge geht sogar soweit, daß sie das Holz zu Bedingungen verkaufen, daß die Rundholzkäufer auf Kosten der Allgemeinheit glänzende Geschäfte machen.

Während alle anderen Leute die Ware, die sie kaufen, sofort bezahlen oder für die gestundete Kaufsumme sehr hohe Zinsen zahlen müssen, wird von den Rundholzkäufern weder das eine noch das andere verlangt. Wer in den preußischen Staatsforsten im Winter 1921/22 Holz gekauft hat, braucht den Kaufpreis erst Anfang März 1923 zu zahlen. Wer im Winter 1922/23 Holz kauft, zahlt den Kaufpreis erst Anfang März 1924. Diese unglaubliche Begünstigung der Rundholzkäufer und Schädigung der Allgemeinheit haben ihre rechtlichen Grundlagen in den „Bestimmungen über die Stundung von Holzkaufgelbern vom 18. Juli 1921", die von der damaligen preußischen Regierung unter Führung Stegerwalds erlassen wurden. Nach diesen Bestimmungen braucht der Rundholzkäufer nicht einen Pfennig des Kaufpreises anzuzahlen, ihm wird die ganze Kaufsumme bis zu 17 Monaten gestundet. Der Forstfiskus ist zufrieden, wenn der Rundholzkäufer den Kaufpreis neben 6½ Prozent, seit Anfang dieses Jahres 15 Prozent, Zinsen in Wertpapieren oder sonstigen Sicherheiten hinterlegt. Wenn ein Unternehmer im letzten Vierteljahr 1921 für 500 000 Mk. Rundholz kaufte, mußte er für diesen Betrag nebst 6½ Prozent Zinsen, zusammen also für 532 500 Mk. Wertpapiere hinterlegen. Die Auslösung dieser Wertpapiere hat Zeit bis zum 10. März 1923. Also erst nach 14 bis 17 Monaten zahlt der Unternehmer den Kaufpreis und erhält die Staatskasse endlich ihr Geld. In Zeiten mit stabilen Geldverhältnissen hat diese Holzgeldstundung weder für den Rundholzkäufer einen besonderen Vorteil noch für die Staatskasse und damit für die Allgemeinheit einen Nachteil. Anders aber in Zeiten der rasenden Geldentwertung. Mit den 532 500 Mk., die der Forstfiskus anfangs März 1923 erhält, kann er nur noch einen Bruchteil der Ausgaben bestreiten, die er mit den 500 000 Mk. Ende 1921 hätte bestreiten können. Damals hatten die 500 000 Mark einen Wert von etwa 2476 Dollar. Wie hoch ihr Wert sein wird, wenn sie Anfang März in die Staatskasse fließen, läßt sich heute noch nicht sagen; heute, das heißt Anfang Februar, haben sie einen Wert von etwa 18 Dollar.

Der Rundholzhandel ist wahrlich ein glänzendes Geschäft für die Unternehmer. Im Herbst 1921 konnte man für 500 000 Mk. etwa 670 Festmeter Kiefernrundholz erster Klasse kaufen. Heute kostet das Festmeter etwa 165 000 Mk. durchschnittlich. Es genügt also der Verkauf von 3¼ Festmeter, um den Geldbetrag zu verschaffen, den man dem Forstfiskus für 670 Festmeter Rundholz schuldig ist. Der Ertrag aus den restlichen 666¾ Festmetern ist zwar nicht reiner Verdienst des Rundholzhändlers, aber doch zu einem recht wesentlichen Teil. Ihm fließen durch die heutige Art der Kaufgeldstundung ungeheure Summen unverdient in die Taschen. Die Geschädigten sind der Forstfiskus und die Allgemeinheit.

Wenn man diese Dinge kennt, wundert man sich nicht mehr, daß die Holzhändler und Sägewerksbesitzer sich wie toll bei den Rundholzverkäufen überbieten. Was will es besagen, für das Festmeter Kiefernrundholz 274 000 Mark zu bieten, wie es jetzt in Ostpreußen geschehen ist, wenn man weiß, daß es erst im März 1924 bezahlt werden muß. Bis dahin, rechnen diese Holzhändler, wird die Geldentwertung weitere Fortschritte gemacht haben, so daß sie trotz dieses hohen Preises doch noch ein gutes Geschäft machen. Das ist der Gedanke, von dem sich die Unternehmer leiten lassen, und sie haben sich dabei bisher noch nicht verrechnet, und im übrigen wissen sie ja auch, wie die Dinge zu ihren Gunsten zu schieben sind.

Durch die heutige Art der Stundung der Holzkaufgelder wird nicht nur Allgemeingut in unverantwortlicher Weise verschleudert, sie ist auch eine wesentliche Ursache der unerträglichen Verhältnisse am Holzmarkt. Weil die Unternehmer das Rundholz erst nach Monaten mit entwertetem Gelde bezahlen brauchen, macht die Preistreiberei am Holzmarkt immer größere Fortschritte. Darüber ist man sich auch in den Unternehmerkreisen einig. Nur die preußische Forstverwaltung sieht den ungeheuren Schaden, die die Holzgeldstundung verursacht, anscheinend recht gleichgültig gegenüber. Im Preußischen Landtag haben die Sozialdemokraten die sofortige Beseitigung der heutigen Art der Holzgeldstundung beantragt. Zu diesem Antrag hat der Finanzminister Dr. v. Richter in der Landtagssitzung am 25. Januar einige freundliche Worte gefunden, das scheint aber auch alles zu sein. Ein Berliner Holzhändlerblatt bringt zu diesem Antrag eine Notiz, die dem Stil nach von den Forstleuten aus dem zuständigen Ministerium stammt, und aus der zu entnehmen ist, daß bis auf weiteres alles beim alten bleibt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192302 21-18/fragment/page=0001

Anscheinend will die preußische Forstverwaltung bis zu Beginn des neuen Forstwirtschaftsjahres am 1. Oktober 1923 warten, bevor die bereits seit vielen Monaten dringend notwendigen Maßnahmen ergriffen werden. Damit darf sich der Landtag nicht zufrieden geben. Dann genügt es aber auch nicht, nur eine Kürzung der Stundungsfrist vorzunehmen. Bei einer Geldentwertung, wie wir sie in den letzten Wochen und Monaten erlebt haben, ist jede Stundung, und soll sie auch nur auf drei Monate gewährt werden, abzulehnen, wenn der Käufer nicht verpflichtet ist, am Zahlungstermin einen höheren, der Geldentwertung angepaßten Kaufpreis zu zahlen. Hier scheint uns der Vorschlag gangbar, daß der Rundholzpreis im gleichen Maße erhöht wird, wie der Roggenpreis in der Stundungszeit gestiegen ist. Eine Sicherung vor der weiteren Geldentwertung muß der Forstfiskus auf alle Fälle fordern, und zwar sofort.

Die in der erwähnten Notiz ausgesprochene Aussicht, eine Aenderung der Stundungsordnung könne nicht „übers Knie" gebrochen werden, ist nicht stichhaltig. Fordert doch selbst ein so sachkundiger Holzhändler wie Herr Albert Seligsohn (Berlin) in Nummer 11 der „Holzwelt" die sofortige Beseitigung der Stundungsordnung. „Je eher", schreibt Herr Seligsohn, „die Forstverwaltung sich zu diesem Schritt entschließt, um so segensreicher für Staat und Holzwirtschaft!" Mit Recht verlangt Herr Seligsohn, daß sich die Unternehmer frei machen müssen von dem Gedanken, auf Kosten des verarmten Staates Geschäfte zu machen. Das ist heute der Fall und in einem Maße, daß nur einem unerhörten Skandal gesprochen werden muß. Verlangen selbst die Holzhändler, daß diesem Zustand ein Ende gemacht wird, dann ist es höchste Zeit, daß die Regierung die heutige Art der Stundung der Holzkaufgelder beseitigt.

Kommunistische Rüpelszenen.

Eine würdelose Gesellschaft.

Preußischer Landtag.

Berlin, 21. Februar. (Soz. Parl.-Dienst.)

Nach einer kurzen Vertagung trat gestern nachmittag um 3 Uhr der Preußische Landtag wieder zusammen. Präsident Leinert eröffnete die Sitzung mit folgender Ansprache:

„Der französische Militarismus hat im Westen allerlei Gewaltaten ausgeübt, und zwar gegen Beamte wie gegen Privatpersonen. (Lärmende Zurufe b. d. Kommunisten.) Der französische Militarismus hat auch nicht Halt gemacht vor unseren Abgeordneten, deren Immunität durch die Reichs- und durch die preußische Verfassung gewährleistet ist. Abgeordnete des 17. Wahlkreises (Westfalen-Nord) sind verhaftet und vor ein französisches Kriegsgericht gestellt worden. Der französische Militarismus hat also nicht einmal vor der in aller Welt garantierten Immunität von Abgeordneten Halt gemacht. Ich erhebe hiermit nachdrücklich Protest gegen diese Vergewaltigung der Abgeordneten eines deutschen Landesteils. (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit. Zurufe b. d. Kommunisten.: Genau wie die Mehrheit dieses Hauses gegen uns!) Ich habe den Minister des Innern und dieser hat den Minister des Auswärtigen ersucht, gegen diese Mißachtung der Immunität Verwahrung einzulegen. (Lebhafte Zustimmung.)

Hierauf sprach der Präsident ein Wort zu dem großen Grubenunglück in der Heintzgrube, bei dem 144 Bergleute den Tod gefunden. Nach der eingeleiteten Untersuchung — betonte Präsident Leinert — charakterisiert sich die Katastrophe als eine Kohlenstaubexplosion, vermutlich verursacht durch Sprengstoffe. Unmittelbar von der Explosion betroffen wurden 38 Bergleute, während die übrigen 117 durch die infolge der Explosion entstehenden Schwaden ihren Tod fanden. Durch die gewaltige Wirkung der Explosion sind die Zugangsplätze an den Arbeitspunkten unterbrochen worden, so daß bis jetzt 16 Bergleute noch nicht geborgen werden konnten. Ich stelle fest, daß Sie sich zur Ehrung der Toten von Ihren Sitzen erhoben haben; ich darf auch im Namen des Landtags den Angehörigen das tiefste Beileid des Hauses aussprechen. (Zuruf: „Und Unterstützung!")

Das Haus ehrt dann das Andenken der verstorbenen Abgeordneten Werner (Dn.) und Sevda (Pole) und tritt dann in die zweite Beratung des Haushalts der Justizverwaltung ein. —

Abg. Höpker-Aschoff (Dem.) berichtet über die Arbeiten des Haushaltsausschusses zum Justizetat. — Nach einer längeren von den Kommunisten herausbeschworenen Geschäftsordnungs-Debatte wird ihr Antrag auf unbeschränkte Redezeit abgelehnt. — Dann führt

Abg. Heilmann (Soz.)

u. a. aus: Nichts wäre uns lieber als eine längere Redezeit. (Zuruf der Komm.: Heuchler! Heuchler!) Die sachliche Notwendigkeit zwingt aber zur Beschränkung der Redezeit (Tosen bei den Komm.), die in der letzten Sitzung ohne Widerspruch der Kommunisten beschlossen wurde. (Jetzt erhebt sich ein ohrenbetäubender Lärm bei den Kommunisten. Sie stürmen auf die Treppe und versuchen, den Genossen Heilmann anzugreifen, der von seinen Parteifreunden gedeckt wird. In dem sich auf der Treppe zum Rednerpult entwickelnden Handgemenge wird der Kommunist Hoffmann von der Treppe hinuntergestoßen. Die Kommunisten antworten mit neuen Angriffen, die in reguläre Faustkämpfe ausarten und auch dann noch fortdauern, als Vizepräsident Dr. Porsch zum Zeichen der Unterbrechung der Sitzung den Saal verläßt.)

Nach einer halbstündigen Pause

wird die Sitzung von neuem eröffnet. Abg. Heilmann (Soz.): Wir sind entschlossen, auf jeden kommunistischen Vergewaltigungsversuch entsprechend zu antworten. Im übrigen spreche ich jetzt über Rechtsfragen und nicht mit den Leuten, die den Mostauer Gewalthabern zujubeln, die das schamlose Urteil gegen die russischen Sozialrevolutionäre gefällt und ein 14jähriges Mädchen wegen Bedrohung der Sowjetrepublik abgeurteilt und hingerichtet haben. Wir protestieren gegen die unerhörten Schandurteile der französischen Kriegsgerichte an Rhein und Ruhr. Gewalt erzeugt Haß und Verachtung vor allem, wenn sie sich im Namen des Rechts ausstellt. Darum kämpfen wir auch in Preußen für das Recht des Rechts. Die Franzosen sind ein führendes Rechtsvolk, aber ihre Richter an Rhein und Ruhr sind Werkzeuge des französischen Imperialismus. Der Richter muß völlig außerhalb aller Parteien stehen, oder alle Parteien müssen am Urteilsspruch beteiligt sein. Es ist kein Geheimnis, daß ein großer Teil der Richter politisch weit rechts steht. (Zuruf rechts: Staatsgerichtshof!) Die Deutschnationalen erklären den Staatsgerichtshof für ein Ausnahmegericht, weil kein Deutschnationaler drinsitzt. Wenn wir alle Gerichte in Deutschland ablehnen würden, in denen kein Sozialdemokrat sitzt, dann würde nicht viel von den deutschen Gerichten übrigbleiben. Jedes Urteil muß falsch werden, wenn die Richterbank einseitig besetzt ist. Das Urteil wird von Menschen geprägt. Solange die Richterschaft parteipolitisch einseitig zusammengesetzt wird, muß es in politischen Prozessen zu Fehlurteilen kommen. Kürzlich gab es einen Prozeß wegen Beleidigung des Reichspräsidenten. Ein als Zeuge vernommener Arbeiter erklärte, er habe die Beleidigung „Schieber" gehört. Ein Kapitänleutnant erklärte das Gegenteil. Und das Urteil? Es betont, der Bildungsgrad des Arbeiters sei nicht hinreichend, um seine Zeugenaussage als beweiskräftig anzusehen. Ich erinnere ferner an den Prozeß Müller-Harzen. Das Urteil lautet auf 600 Mk. Geldstrafe — gleich drei Straßenbahnfahrten. So geht es Tag für Tag. Wie soll das besser gemacht werden? Der Reichsjustizminister erklärt, er habe

keine Zeit zur Reform der Justiz.

Wir sind der Meinung, daß gerade jetzt die Zeit gekommen ist, die Arbeiten meines Parteifreundes, des ehemaligen Justizministers Radbruch, fortzusetzen. Die Auffassung des Abg. Stendel von der Deutschen Volkspartei, es sei für die Karriere eines Richters gut, wenn er dem Republikanischen Richterbunde angehöre, ist falsch und das Gegenteil ist richtig. In unzähligen Fällen sind republikanisch gesinnte Richter in ihrem Vorwärtskommen geschädigt worden. Wir fordern, daß der Justizminister sich bessere politische Berater anschafft. Es geht nicht, daß, wie in Frankfurt a. Oder ein fanatischer Parteigänger des Herrn Wulle zum Vorsitzenden einer Disziplinarkammer gemacht wird. Das Vorgehen des sächsischen Justizministeriums, das eine ordentliche Durchmischung der Richterschaft für notwendig hält, scheint uns nachahmenswert. Selbst auf die Gefahr hin, daß unsere Kritik auf taube Ohren stößt, erklären wir immer wieder, daß die Gerichte unmöglich Standgerichte gegen Republikaner und Proletarier sein dürfen. Denen, die so oft den Spruch: „Was Recht ist, muß Recht bleiben!" im Munde führen, rufen wir zu: In Deutschland muß das Recht erst noch zu wahrem Recht werden! (Bravo! bei den Soz. und auf den Tribünen.)

Nach einer Geschäftsordnungs-Debatte über den Beschluß der Verkürzung der Redezeit vertagt sich das Haus auf Mittwoch, dem 21. Februar, 12 Uhr: Kleine Vorlagen, Justizhaushalt.

Schluß nach 6½ Uhr.

*

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtags beschloß zunächst den Justizetat zu erledigen und dann den Bericht des Untersuchungsausschusses über die mitteldeutschen Unruhen und anschließend daran weitere Etats zu beraten. Vom 3. bis 14. März soll eine Pause in den Plenarversammlungen eintreten, während der der Hauptausschuß die Etats des Innern und für Kultus vorberaten soll. Vom 24. März bis 17. April wird das Haus in die Osterferien gehen.

Gunos Dank an Grützner. Nach einem WTB.-Bericht hat der Reichskanzler dem Regierungspräsidenten Genossen Grützner „seinen Dank für dessen mannhaftes Verhalten ausgesprochen".

Ausgewiesen. Aus Saarbrücken wird gemeldet: Der Gewerkschaftsführer Großmann vom Gewerkschaftsbund der Angestellten, Hirsch-Dunckersche Richtung, ist durch Verfügung der Regierungskommission mit 24stündiger Frist ausgewiesen worden.

Lebensmittelboykott auch in Dortmund.

„Ritterliche" Haltung der französischen Soldateska.

Dortmund, 21. Februar (Eig. Drahtbericht.)

Auch im Handelskammerbezirk Dortmund soll jetzt der Boykott gegen die Franzosen durchgeführt werden. Am Donnerstag werden an die Franzosen und Belgier weder Lebensmittel noch Getränke oder dergleichen verabreicht. Der Boykottbeschluß ist von den Interessentenverbänden und allen Gewerkschaften gefaßt worden.

Auf den gestern von den Franzosen erneut besetzten Bahnhöfen wurde das deutsche Personal weggesagt. Nach Mitteilungen, die bei der Eisenbahndirektion in Elberfeld vorliegen, soll im Laufe des Tages nach Bochum-Hauptbahnhof besetzt werden. Im allgemeinen hat sich die Verkehrslage nicht geändert. Ueber Lünen-Nord können ab heute drei planmäßige Güterzüge gefahren werden.

Nach zuverlässigen Mitteilungen sollen der Oberbürgermeister von Oberhausen, Havenstein, und der Essener Bürgermeister Schäfer zur Verbüßung ihrer Strafe in den allernächsten Tagen nach Saarbrücken abtransportiert werden. Die Frau des Bürgermeisters Schäfer, die mehrfach versuchte, ihren Mann zu sprechen, wurde immer mit dem Bemerken abgewiesen, daß ihr Mann in diesen Tagen abtransportiert würde und ihr vor diesem Abtransport noch Gelegenheit gegeben werden solle, ihren Mann zu sprechen.

*

Wenn die freien Gewerkschaften dem Lebensmittel- und Getränkeboykott gegen die Franzosen zugestimmt haben, so natürlich nur aus dem Bewußtsein, daß diese Protestaktion ein notwendiger Bestandteil des passiven Widerstandes gegen die militärischen Eindringlinge ist, die nicht das Recht haben, der ohnehin schon schwerleidenden Ruhrarbeiterschaft die wenigen vorhandenen Lebensmittel fortzunehmen, sei es mit oder ohne Bezahlung.

Der Wille der Gewerkschaften.

Vergebliche Sabotageversuche der Kommunisten.

Bielefeld, 21. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Die freien Gewerkschaften von Rheinland und Westfalen nahmen in einer am 19. Februar in Elberfeld stattgefundenen Konferenz zu der augenblicklichen Lage Stellung. Nach einem Referat des Genossen Timmen (Amsterdam) über die Weltlage fand eine Diskussion statt, in der der Standpunkt der freien Gewerkschaften im besetzten Gebiet dahin präzisiert wurde, daß alles daranzusetzen ist, den Kampf im Ruhrgebiet zum Erfolge zu führen. Beschlüsse über eine Aenderung der Kampftaktik wurden nicht gefaßt. Unter allgemeiner Zustimmung wurde vielmehr festgestellt, daß der Kampf in der bisherigen Form mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln fortzuführen ist. Abgelehnt wurde eine Antrag Remscheid, den zum 4. März von den Kommunisten einberufenen Betriebsräte-Kongreß (!) zu beschicken. Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag derselben Ortsgruppe, sogenannte Kampfformationen (!) mit Betriebshundertschaften und Zehnerschaften (!) zu gründen, wie dies bereits in Remscheid und Essen erfolgt sei. Die Konferenz war der Meinung, daß es sich hier um unsinnige Spielerei handle; denn die notwendigen gewerkschaftlichen Kampfformationen seien in den Gewerkschaften vorhanden.

Die Verkehrslage.

Störung des amerikanischen Wohltätigkeitswerks.

Ruhrgebiet, 21. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Verkehrslage hat bemerkenswerte Aenderungen im Laufe des Tages nicht erfahren.

In Bochum fuhren den ganzen Tag über französische Tankautomobile durch die Stadt. Nachmittags um 4 Uhr wurde das Post- und Telegraphenamt unter starkem militärischen Aufgebot besetzt. Das Personal wurde gewaltsam aus den Räumen getrieben. Der Telegraphendirektor ist verhaftet worden, weil er sich weigerte, Anschlüsse für die Franzosen herzustellen.

In Gelsenkirchen haben sich erwähnenswerte Zwischenfälle nicht ereignet. Die Truppe hält das Stadtinnere weiter besetzt. Die Tanks sind nach Recklinghausen zurückgekehrt.

Ein Redakteur des Amsterdamer „Handelsblad", der sich im Ruhrgebiet aufhielt, in der Hauptstadt, um Filmaufnahmen zu machen, soll gestern nachmittag von Franzosen verhaftet und nach Düsseldorf gebracht worden sein.

In Brambauer sind die von der amerikanischen Quäkergesellschaft zur Herstellung des Essens für arme Kinder benutzten Kessel sämtlich von den Franzosen mitgenommen worden. Der Hinweis, daß es sich hier um eine Wohltätigkeit der amerikanischen Quäker handle, brachte die Franzosen von ihrem Ansinnen nicht ab.

Die verheiratete Lehrerin.

Eine Frauenfrage oder eine Schulfrage.

Es bedarf wohl noch einiger Jahrzehnte, bis sich von Grund auf das Denken so umgestaltet hat, daß man dem weiblichen Menschen zubilligt, aus innerem Bedürfnis und eigenster besonderer Anlage einen nur ihm genehmen Beruf zu ergreifen und auszufüllen. Wir werden immer wieder bei starkem Nachhohren auf den im Unterbewußtsein ruhenden Gedanken stoßen, daß der von einer Frau ausgefüllte Beruf ihr in erster Linie zur wirtschaftlichen Grundlage dient. Die Frauen selbst nur können nach und nach dieses überkommene Denken ablösen durch die wachsende Ueberzeugung, daß in den Frauen eine Fülle von Möglichkeiten, von Berufseignungen ruht, daß alles geschehen muß, um diese Kräfte für die Gesellschaft zu nützen. Nun stehen praktisch die Frauen auch überall in Berufen, die sich zum Teil selbst erschlossen haben; aber sobald wirtschaftliche Krisen das Problem der Arbeitslosigkeit naherücken, schaut man zuerst auf die Frauen, um zunächst ihnen einen Arbeitsplatz streitig zu machen. So kommt man jetzt in Deutschland allenthalben zu der Fragestellung: War die Aufhebung des Zölibats der Lehrerinnen im wirtschaftlich geschwächten Deutschland nicht doch eine Uebereilung? Seit vielen Jahren kämpfen Vertreterinnen der Frauenbewegung linksstehender politischer Parteien und einzelne weitschauende Persönlichkeiten für „die verheiratete Lehrerin in der Schule". Es ist so vieles gesagt worden über die Sinnlosigkeit des bezwungenen Zölibats der Lehrerin, von dem, was Ehe und Mutterschaft an Bereicherungen für die weibliche Persönlichkeit schlechthin bedeuten, daß man es nimmer neu zu erzählen braucht. Und in der Tat, von der Schule aus gesehen kann man bei der Erziehung besonders der Jugendlichen gar nicht die gereifte Frau entbehren, die durch das Erlebnis der Ehe und Mutterschaft gegangen, durch die Unsumme von Freud und Leid, von praktischer Erfahrung und geistiger Blickweitung zur Persönlichkeit geworden ist. Es stimmt nicht ganz, wenn man dagegen hält, daß gerade die gütigste Mutter und die beste Gattin am restlosesten durch ihre Mutterschaft absorbiert wird. Das trifft nur dann zu, wenn die Kinder so klein sind, daß sie auch sämtliche physischen Kräfte der Mutter in Anspruch nehmen. Im übrigen ist ja gerade uns Frauen die Fähigkeit gegeben, zu wachsen in unserer Liebeskraft und Gebefreudigkeit im gleichen Maße, wie von uns Liebe gefordert wird oder wir jemandem nötig sind. Aber auch von der Frau aus gesehen darf im Kulturstaat nicht das Recht haben, aus wirtschaftlichen Gründen heraus den Frauen ihre ihnen eigenen Entwickelungsmöglichkeiten abzuschneiden. Es gibt eben wirklich eine sehr große Zahl von Lehrerinnen, die durchaus in ihrem Berufe alle Möglichkeiten sehen, gerade ihr Wesen geben zu können. Hier werden all ihre Fähigkeiten in Anspruch genommen, hier finden sie Boden zum Schaffen, sie fühlen sich in Wirklichkeit „berufen". Und vor diesen Dingen muß der Staat Achtung haben! Es kann dem Staat ja immer nur auf die Persönlichkeit und ihre Eignung für die gestellte Aufgabe ankommen, so daß eine Auseinandersetzung über die Frage verheiratet oder nicht verheiratet im Grunde überflüssig sein müßte.

Nun haben wir augenblicklich Ausnahmezeiten, und dieser anormale Zustand wird noch einige Jahre anhalten. Der Krieg hat einen starken Geburtenrückgang gebracht, der sich jetzt und in den nächsten Jahren noch auswirkt. Das bedeutet gleichzeitig einen Ueberfluß an Lehrkräften, so daß für unsern Nachwuchs aus der Junglehrerschaft keine Wirkungsmöglichkeiten im Schulwesen geschaffen werden können. Wer jetzt das Problem „Die verheiratete Lehrerin" von dem Blickpunkt her sieht, von dem es allein gesehen werden darf, nämlich von der Schule her, der wird in einen Zwiespalt geraten. Können wir die frischen, jungen, zuströmenden Kräfte des Lehrernachwuchses entbehren in der Schule? Zum andern: Sind die jung verheirateten Lehrerinnen wirklich die unentbehrliche Bereicherung für die innere Gestaltung der Schule, die wir durch die Aufhebung des Zölibats erhalten wollten? Wer praktisch im Schulleben steht, weiß, daß eine ganze Reihe von ihnen in der Schule geblieben sind, nur um das Geld für den nötigen Hausrat zu verdienen, oder sonst dem Haushalt Erleichterungen zu schaffen. Das ist vom Standpunkt der einzelnen durchaus menschlich begreiflich, aber ihre Kraft ist von der Schule aus gesehen zu entbehren und könnte ohne Bedenken von einem Junglehrer ersetzt werden. Sicher sind auch unter diesen manche, die nur „Stundengeber" sind. Das ist schimm für uns; aber wenn wir dann schon abwehren sollen, werden wir uns aus Billigkeitsgründen dem wirtschaftlich Schwächeren den Vorzug geben müssen. Das sind aber bis auf Ausnahmen in diesem Falle die Junglehrer und -lehrerinnen. Daß wir überhaupt in der Schule mit Lehrkräften rechnen müssen, die keineswegs aus innerer Berufung an ihrer Stelle stehen, ist eine ungeheure Tragik, die erst dann überwunden sein wird, wenn einmal unsere ganze Lehrerbildungsfrage auf eine andere Grundlage gestellt wird, wenn eben in den Erziehungsberuf nur die Menschen hineingelangen, die ihre Eignung für diese Aufgabe durch mehr als ein paar Examen oder einige Semester Universitätsstudium dargetan haben. Dann muß man für den Lehrerberuf geboren sein und kann ihn nicht ergreifen, weil er eine immerhin gesicherte Beamtenstellung bedeutet. Heute müssen wir aber mit gegebenen Verhältnissen rechnen, und da können wir keiner Instanz, weder einer Behörde noch einer Organisation, die Verantwortung aufbürden, unter den verheirateten Lehrerinnen die herausfinden, die wir vom Standpunkt der Schule aus nicht entbehren möchten. Da die nächsten Jahre aber eine Einschränkung der Lehrkräfte erfordern, so wird man auf irgendeinem Wege dahin kommen müssen, die Zahl der verheirateten Lehrerinnen zu verringern. Das ändert gar nichts an der prinzipiellen Stellung der verheirateten Lehrerin gegenüber; nach wie vor ist die Frage nach der Persönlichkeit die erste, die wir nie außer acht lassen dürfen. Den gesetzlichen Körperschaften aber gibt diese jetzt so schwer zu lösende Frage mit doppelem Ernst die Aufgabe: Seid behutsam bei der Schaffung des Gesetzes über die Lehrerinnen-Ausbildung. Sorgt dafür, daß nie wieder eine Behörde vor die Wahl gestellt wird: Welcher Teil unserer Lehrkräfte kann am ehesten entbehrt werden?, sondern laßt es dahin kommen, daß wir nur mit Persönlichkeiten zu rechnen haben, die aus tiefer Verantwortung heraus der Schule dienen.

Paula Henningsen.

Das Vaterland.

„Das Vaterland ist eine Gasse, in der wir als Kinder am Abend gespielt, es ist im Garten der Nußbaum, auf dessen Früchte wir gewartet haben, Kaffee- und Kuchengeruch im durchwärmten Elternhause, durch Wiesen ein schmaler Pfad, der zur Stadt zurück oder aus der Stadt hinausführte . . . nicht der Staat, die Organisation der Macht, der Gewalt und Autorität, sondern die Erinnerung an freundliche Minuten der Kindezeit . . ."

Leonhard Frank („Der Mensch ist gut.")

Hallisches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, abend 7½ Uhr wird Mozarts „Zauberflöte" gegeben. Die Vorstellung „Wilhelm Tell" am Donnerstagabend 7½ Uhr ist nicht von der Volksbühne besetzt, sondern gilt als vollständig öffentliche Aufführung; es stehen infolgedessen sämtliche Plätze des Stadttheaters für diesen Tag zum Vorverkauf.

Thaliatheater. Im Thaliatheater wird am Sonntagabend 7½ Uhr „Der ungetreue Eckehart", Schwank von Hans Sturm, wiederholt. Karten im Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters.

Der Vortrag Walter Gropius am Mittwoch im Auditorium maximum beginnt nicht um 8 Uhr, sondern 8½ Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230221-18/fragment/page=0002

Reichstag.

Anklagerede des Genossen Kunert gegen die Klassenhygiene.

Der Reichstag setzte am Dienstag die Aussprache über den Haushalt des Reichsinnenministers fort. Unser Genosse Löwenstein erweiterte und vertiefte die Debatte über die kulturpolitischen Aufgaben des Ministeriums. Er rügte, daß viele Träger der Wissenschaft als eine ihrer Hauptaufgaben ansehen, den demokratischen Staat und die Staatsgewalt zu untergraben. Die Arbeiterklasse habe eine nahezu fromme Gläubigkeit zur Wissenschaft. Sie strebe weit über den Rahmen des Materiellen hinaus. Löwenstein bedauerte ferner, daß das Lehrerbildungsgesetz noch immer nicht dem Reichstag vorgelegt sei. Aus einer Reihe von weiteren Einzelforderungen, die er vortrug, erwähnen wir noch das Verlangen nach einem Ausbau der Erziehungsbeihilfe für befähigte bedürftige Schüler. Unser Redner, der den Klassenkampf als einen sittlichen Befreiungskampf schilderte, schloß mit dem Hinweis, daß die jetzige Notzeit ein neues, starkes Arbeitergeschlecht schaffen werde, das zur Demokratisierung der Wissenschaft hinführen müsse.

Staatssekretär Heinrich Schulz erwiderte, daß das Berufsschulgesetz dem Kabinett zur Beratung vorliege und hoffentlich bald die parlamentarischen Körperschaften beschäftigen werde. Die Notwendigkeit des Ausbaues der Erziehungsbeihilfe erkannte er an. Das Ministerium arbeite darauf hin, daß auch hochbefähigte junge Arbeiter mit Volksbildung Erziehungsbeihilfen erhalten, damit sie im abgekürzten Verfahren das Abiturium nachholen und zur Hochschulbildung kommen können. — Im weiteren Verlauf der Aussprache verlangte Genosse Meier (Sachsen), daß der Teil der Wohlfahrtsangelegenheiten (Armensachen), die jetzt noch im Reichsministerium bearbeitet werden, zur Ersparnis von Verwaltungskräften dem Reichsarbeitsministerium mit überwiesen werden sollen. Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Bumm, entrollte dann ein erschütterndes Bild von dem Abwärtsgleiten der Volksgesundheit in Deutschland. Insbesondere gelte dies für das ganze Ruhrgebiet, für die Städte und für die Industriezentren, während auf dem Lande die Gesundheitsverhältnisse noch besser seien. Insbesondere sei das Verlangen nach Fett in der deutschen Kinderwelt sehr stark, und es könne nicht voll befriedigt werden. Tuberkulose-Erkrankungen nehmen neuerlich enorm zu, und zwar handle es sich um eine große Anzahl neuer Erkrankungen; denn die alten Erkrankungsfälle seien infolge der Ernährungsschwierigkeiten längst abgestorben. Ganz verheerend wirke die Tuberkulose zurzeit bei Kindern und Jugendlichen. In den Volksschulen sei jeder zehnte Schüler tuberkulosekrank. — Die Aussprache wurde vertagt, nachdem noch Genosse Kunert an den hohen medizinischen Kosten lebhaft Kritik geübt und an manchem Einzelbeispiel, so u. a. bei Salvarsan, nachgewiesen hatte, wie sich große Unternehmungen auf Kosten der Volksgesundheit bereichern. Die Dividenden der chemischen Fabriken und der Kurs ihrer Aktien steigen fortlaufend. Einst habe Professor Ehrlich selber erklärt, der Verkaufspreis müsse möglichst niedrig sein, die Krankenhäuser und Krankenkassen müßten es zum Selbstkostenpreis erhalten. Doch jetzt werde Klassenhygiene betrieben zugunsten der Besitzenden. Eine Besserung könne nur durch Verstaatlichung des gesamten Gesundheitswesens erzielt werden.

Siering im Ruhrgebiet.

Ruhrrevier, 21. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag ist der preußische Handelsminister, Genosse Siering, aus dem Ruhrgebiet nach Berlin zurückgekehrt. Sein Aufenthalt im Einbruchsgebiet galt ausführlichen Besprechungen mit Vertretern der Gewerkschaften und der Betriebsräte, der Arbeitgeberorganisationen, der Handelskammern usw. über die wichtigen Fragen, wie allen französisch-belgischen Eingriffen zum Trotz Verkehr und Industrie, Handel und Gewerbe auch fernerhin aufrechterhalten werden können. Ausgiebig erörtert wurden die Fragen der Lebensmittelversorgung und -verteilung, der Preisgestaltung und der Lohn- und Gehaltszahlung. Mit dem Minister waren sich die Vertreter der einheimischen Bevölkerung darüber klar, daß man sich, so wie die Dinge lägen, auf einen Abwehrkampf von langer Dauer einstellen müsse.

Die Sicherung der Lohnzahlung.

Dortmund, 21. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

In verschiedenen Bezirken des besetzten Gebietes ist in den letzten Tagen von der Arbeiterschaft wiederholt die Forderung aufgestellt worden, daß die Arbeitgeber auch bei verminderter Produktion u. a. die Löhne und Gehälter zahlen. In Anbetracht dessen verweist unser Sonderkorrespondent darauf, daß zwischen der Interessengemeinschaft rheinischer Arbeitgeberverbände und den Gewerkschaften, auch den freien, bereits eine Vereinbarung getroffen wurde, die sich seit dem 12. Februar in Kraft befindet, nach der Entlassungen von Arbeitnehmern soweit als möglich vermieden werden, ferner die Lohnzahlung vom Arbeitgeber getragen werden muß, solange er dazu imstande ist und ohne daß der wirtschaftliche Fortbestand seines Betriebes gefährdet wird. Wo der Arbeitgeber nicht mehr in der Lage ist, die Löhne fortzuzahlen, geschieht das aus den Mitteln der Preis- und Aufkäufe. Diejenigen Arbeitnehmer, deren Arbeitslosigkeit unmittelbar durch Einflüsse der Besatzung oder durch die Zurückweisung unberechtigter Zumutungen veranlaßt wird, erhalten ihren vollen Lohn. Arbeitnehmer, deren Arbeitslosigkeit nur mittelbar durch die Besatzung veranlaßt ist (Rohstoffindustrie, Kohlen- und Absatzmangel oder Verkehrsstockungen) erhalten zwei Drittel ihres Lohnes.

Ein Geständnis Bucharins.

„Das Abc des Kommunismus veraltet, weil das Programm veraltet ist."

Moskau, 20. Februar. Nach Lenin ergreift in der „Iswestija" Bucharin das Wort und kündigt für den bevorstehenden zwölften Kongreß der Kommunistischen Partei die Vorlage eines neuen Programms an, da die bisherigen Grundsätze der Partei veraltet seien. Bucharin sagt in seinem Artikel wörtlich: „Das Wirtschaftsleben Sowjetrußlands bewegt sich in aufsteigender Linie, doch diese Wiedergeburt vollzieht sich außer durch eine Kräftigung der sozialistischen Formen (?) auch auf dem Wege eines Anwachsens der kleinbürgerlichen und bürgerlich-kapitalistischen Formen. Es ergibt sich die Gefahr, daß wir durch ein noch rascheres Wachsen der privatkapitalistischen Wirtschaftsreformen erstickt werden, hervorgerufen durch eine Spaltung des bisher einheitlichen Blocks der Arbeiter und Bauern. Diese Gefahren sind nicht die des heutigen Tages, doch sie bestehen. Die Befestigung des Blocks drängt sich daher auf die Tagesordnung und eine Reihe wirtschaftlicher Fragen des Kongresses müssen von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet werden. Unser Programm ist, was seinen gesamten konkreten Teil betrifft, sittlich veraltet. Das ganze Gebiet der neuen Wirtschaftspolitik liegt außerhalb eines Gesichtsfeldes. Das Leben hat dieses Programm überflügelt. Das gleiche gilt auch für den dazugehörigen Kommentar, „das Abc des Kommunismus". Auch er ist veraltet, weil das Programm veraltet ist. Wir brauchen daher ein offizielles Parteidokument, worüber der bevorstehende Kongreß zu entscheiden hat."

*

Man darf gespannt sein, wie das neue kommunistische Programm aussehen wird. Nach den Darlegungen Bucharins wird es durchaus revisionistisch sein. D. h., die Partei wird die Politik des luftleeren Raumes aufgeben und sich theoretisch den Erfahrungstatsachen anpassen. Wir sind auf das Programm sehr gespannt. Noch gespannter aber darauf, wie man den gläubigen Schächten die neue Medizin verabfolgen wird.

Der preußische Minister des Innern, Genosse Severing, hat als Antwort auf die Entwaffnung der Schutzpolizei in Essen einen Befehl erlassen, wonach in seinem Bereich die Polizeibeamten nicht ohne Uniform und Bewaffnung ihren Dienst versehen dürfen.

Wirtschaftspolitik.

Zuchthaus für Schieber.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschloß bei der Beratung des Notgesetzes, daß die ungenehmigte Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren und Gefängnis in unbegrenzter Höhe bedroht werden soll. Schleichhandel, vorsätzliche Preistreiberei oder vorsätzliche verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände soll in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren bestraft werden. Die Todesstrafe wurde abgelehnt. In Fällen dringenden Verdachts soll Schließung des Geschäfts und Beschlagnahme erfolgen.

Die Rentabilität des Roggenbaues.

Seit dem Sommer sind die Umlagepreise jetzt bereits zum zweiten Male erhöht worden. Für das dritte Sechstel beträgt der Preis jetzt 165 000 Mk. pro Tonne, das sind pro Zentner 8250 Mk. Von einem Beamten geht der „Dresdener Volkszeitung" eine Zuschrift zu, die eine Aufstellung über die Produktionskosten des Roggens enthält. Es geht daraus hervor, daß auch bei dem für das erste Drittel festgesetzten Umlagepreis für den Roggen bauenden Landwirt ein sehr anständiger Ueberschuß herauskommt. Wir geben von der Zuschrift folgendes wieder:

Bei den Verbrauchern ist eine große Erregung darüber entstanden, als die Landwirtschaft schon für das erste Drittel einen außerordentlich hohen Preis verlangte, etwa eine Verdierfachung über den seinerzeit vom Reichstag festgesetzten Preis. Um der öffentlichen Meinung ein Urteil zu ermöglichen, gestatte ich mir eine Rechnung aufzumachen über die Rentabilität des Roggenbaues im letzten Jahre.

Ich bin ein kleiner Beamter in Mitteldeutschland. Der Boden, den ich besitze, ist recht dürftig, 7. bis 8. Klasse. Er eignet sich nur zu Roggen und Kartoffeln. Er hatte im Frieden einen Wert von 100 bis 150 Mk. je Morgen.

Mit Roggen habe ich 1¼ Morgen bestellt. Voriges Jahr hatte ich auf dem Acker Lupinen, die ich hatte reif werden lassen. Da der vorige Sommer sehr dürr war, waren die Lupinen völlig mißraten. Ich erntete nur einen Zentner. Ich habe dann darauf Roggen bestellt und folgende Unkosten gehabt:

110 Pfund Saatroggen (Beitkufer), aus erster Quelle gekauft, mit Fracht	215,60 Mk.
Stoppeln und später zur Saat Pflügen	120,— „
Drillen	70,— „
3 Zentner Thomasmehl, kurz vorher gekauft	156,— „
5 Zentner Kainit	55,— „
Düngermischen und Streuen	40,— „
im Frühjahr 80 Pfund Natronsalpeter gehen, im Dezember gekauft	70,— „
Eggen im Frühjahr	50,— „
Mähen und Abzappen des Getreides	174,— „
Binden, in Mandeln gesetzt, sowie Nachharken	120,— „
Ummandeln wegen Regen nötig	40,— „
Herinholen des Getreides	200,— „
Dreschen mit der Maschine	250,— „
Generalunkosten, Grundsteuer 80 Mk., Lagerraum für Getreide und Stroh usw.	100,— „
Grundrente	10,— „
Summa:	1 670,60 M.

Ich bemerke, daß ich manche Arbeiten selbst gemacht habe, wie Düngerstreuen, Binden, Mandeln setzen, Nacharken und Ummandel. Ich habe sie aber genau nach ortsüblichen Preisen berechnet.

Als Ertrag hatte ich 8½ Zentner. Ich verwende den Roggen in der eigenen Wirtschaft und möchte als Durchschnittswert 5000 Mk. einsetzen je Zentner, also im ganzen 42,600 Mk. Stroh habe ich sofort 5 Zentner verkauft zu 200 Mk. je Zentner, also für 1000 Mk., 7 Zentner habe ich noch übrig. Dafür möchte ich einen Marktpreis von 1000 Mk. je Zentner einsetzen der jetzt ums Dreifache und mehr überholt ist, also 8000 Mk. Ich komme also auf einen Rohertrag von 50 560 Mk. und einen Reinertrag von 48 830,40 Mk. Dabei wird jeder Landwirt zugeben, daß er mindestens denselben Ertrag herauswirtschaftet, eher noch mehr. Denn selbst ist der Mann. Unsere Gegend war auch nicht etwa vom Wetter begünstigt.

Nehmen wir nun den ersten Umlagepreis von 1415 Mk. je Zentner, so ergibt das für mein Grundstück einen Rohertrag an Roggen von 12 027,50 Mk. Dies mit dem Stroh zusammen gibt einen Gesamtrohertrag von 20 027,50 Mk. und als Reinertrag 18 836,90 Mk. Auch dies ist für die Landwirtschaft noch recht ausreichend. Aber es wird ja nur etwa die Hälfte des Getreides von der Umlage erfaßt. Unter vier Augen geben auch die meisten Landwirte unumwunden zu, daß sie mit den Verhältnissen recht zufrieden sein können. Aber in der Masse wird jeder niedergeschrien, der für Maßhalten eintritt. In Weizengegenden sind die erträge durchschnittlich noch viel besser als in unsern magern Böden. Aber da sind die Landwirte am unzufriedensten. Mit den größeren Scheunen steigt vielfach das Geschrei.

Die Landwirtschaft hat den großen Vorteil, daß sie am ehesten vom steigenden Dollar Nutzen hat. Denn die Getreidepreise folgen als wichtigste Weltmarktware dem Dollarkurse zuerst. Im letzten Jahre waren Saatgut und chemischer Dünger ganz unverhältnismäßig niedrig gegen den Preis des später geernteten Getreides. Nun sind ja jetzt die Düngerpreise recht hoch. Ein Zentner Stickstoffdünger kostet etwa einen Zentner Getreide. Aber die Wiederbeschaffungskosten chemischen Düngers erzielt die Landwirtschaft auch bei niedrigem Umlagepreis, weil sie nur wenige so teure Wiederbeschaffungskosten hat, wie den chemischen Dünger. N. N.

Devisenkurse.

	Heute Mark (Geld)	20. 2. 23 Mark (Geld)
1 holländischer Gulden	8840	8600
1 dänische Krone	4300	4200
1 italienische Lira	1060	1040
1 Pfund Sterling	105000	109000
1 Dollar	2:240	22000
1 französischer Frank	1340	1300
1 Schweizer Frank	4200	4100
1 tschechische Krone	660	640

Tendenz: Schwächer.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Arbeitslosenversicherung.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates setzte die Beratung des Gesetzentwurfs über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung fort. Entsprechend dem Regierungsentwurf wurde beschlossen, die Hausgehilfen in den Kreis der Arbeitslosenversicherten einzubeziehen. Zu einer lebhaften Auseinandersetzung kam es bei Besprechung der Frage der Unterstützungsberechtigung bei Arbeitslosigkeit als Folge eines Streiks. Die Arbeitgeber vertraten die Auffassung, daß nur solche Erwerbslosen, die infolge einer wirtschaftlichen Krise ihre Arbeit verloren haben, unterstützungsberechtigt sein können. Demgegenüber verlangten die Arbeit-

Spätinghof.

55] Roman von K. v. d. Eider.

„Wenn bloß der See noch da ist, der kleine Wassersee," murmelte Liese.

Ja, er war noch da, er spiegelte den schönen klaren Septemberhimmel wieder, der sich über ihm erhob. Er lag hinter der Wiese, auf der noch immer eine Ziege graste. Eigentlich war es nur ein Teich, an den Ufern mit Schilf bewachsen; aber es gewährte einen hübschen Anblick. Nebenan rauschte des Müllers Wassermühle, und des Müllers Enten kamen herangewatschelt, quakten und plumpsten in den Teich hinein. Liese strahlte vor Glückseligkeit, als sie Tine und Janne alles zeigen konnte.

Die Vorderseite des Häuschens ging auf die Straße; über der Tür war eine Sonnenuhr angebracht. Gegenüber wohnte noch immer ein Schuster, und in dem Rinnstein spielten barfüßige Kinder.

Hinter dem Hause bis zur Wiese war ein Gärtchen, in welchem Zwiebeln und buntes Gras wuchsen. Auch ein paar Obstbäume und Johannis- und Stachelbeersträuche gab es hier.

An der einen Seite, dem Teiche zugewandt, war ein kleines Lusthaus gebaut, mit einer runden Bank und einem Tischchen aus Baumstämmen.

„Hier sollst du sitzen und dich erholen. Du sollst es mächtig gut haben."

„Gräßlich gut," dachte Tine mit wehmütigem Lächeln.

Ueber Liese Petersen kam eine fröhliche Geschäftigkeit; sie wurde wieder jung und frisch.

Das erste war, daß sie auf des Bruders Grab einen hübschen, weißen Stein setzen ließ. Auch ein Gitter ließ sie machen und pflanzte Efeu und Immergrün auf den Hügel. Der Tote sollte sein Recht haben.

Es war eine Grabstätte für zwei Personen. Der eine Platz war noch frei — für Liese, nicht für die Frau des Mannes, der dort unten ruhte. Diese trieb ich schon seit Jahren draußen in der Welt herum, seitdem sie eines Tages mit einem leichtsinnigen Schneidergesellen davongelaufen war.

Jetzt ruhte der verbitterte Sonderling von seiner Lebensreise aus, und seine Schwester wachte über seine Ruhe.

Das Häuschen war ein bißchen verwahrlost, es erhielt jetzt ein anderes Aussehen. Es wurde tapeziert und gestrichen und alles blitzblank gemacht.

Die Frauen lebten sich bald in ihrer neuen Heimat ein. Liese schloß Bekanntschaft mit den Nachbarn und verschiedenen älteren Frauen im Dorfe. Auch Janne fühlte sich ganz wohl, sie bekam Freundinnen und ging fleißig aus zum Nähen.

Bald hatte sie die besten Nähstellen im Dorfe, bei Pastors, Doktors und Kirchspielschreibers und bei den reichen Bauern der Umgegend.

Sie war bald eine gesuchte Persönlichkeit. Die Stadt war mehrere Stunden vom Dorfe entfernt, außerdem war die Stadtschneiderei sehr teuer; die Näherinnen im Dorfe aber führte Nadel und Schere etwas ungeschickt.

Janne wurde auch ihres munteren und frischen Wesens wegen überall gern gesehen. Tine freute sich darüber in ihrer stillen Weise; sie selbst aber ging den Leuten aus dem Wege.

Bald hieß es von ihr: „Sie ist ein bißchen wunderlich." So nahm man Rücksicht auf sie.

In den schönen Tagen des Herbstes saß Tine in dem Garten in dem kleinen Lusthause. Sie beobachtete stundenlang, wie die Ziege ihren weißen Kopf beim Abrupfen des Grases hob und senkte, wie der Wind mit den braunen Kopfteilen im Schilfe spielte. Sie blickte nach den Pappeltronen jenseits des Teiches. Sie sah ganz deutlich, wie die fernen Zweige sich voneinander bogen und wieder zueinander neigten, wie die Blätter spielten, und sie hatte ihre eigenen schönen Gedanken darüber. Wenn dann Liese herankam und ihr tief und fragend in die Augen sah, sagte sie nur: „Wie schön ist es hier!"

Im Spätherbst, als es draußen zu feucht wurde, saß sie in der Vorderstube am Fenster. Sie strickte ein wenig; daß sie nähte, litt Liese nicht. Dabei sah sie oft auf die Straße, wo die Kinder spielten.

Wenn keine Kinder da waren, dann hüpften sicher ein paar Spatzen über das Steinpflaster, oder des Müllers Mutsch kam vorbeigeschlichen. Zu sehen gab es immer etwas. Wenn aber eine Nachbarin am Hause vorbeikam und ins Fenster hineinnickte, dann zog Tine ihren Kopf rasch zurück.

Liese Petersen rumorte geschäftig im Hause umher. Sie machte mit vieler Mühe und großem Aufwand von Zeit Butter und Käse. Sie kochte Birnen und Quitten ein, machte Würste und pflanzte Kohl. Den ganzen Tag hatte sie etwas im Hause zu tun, zu rühren und zu schmeren. Sie setzte in der Wirtschaft ordentlich auf.

Die Näherei hatte sie ganz aufgegeben. Sie hatte ihre Maschine auf den Boden gestellt. „Sie ist zu alt geworden," äußerte sie. „Das Alter hat seine Rücken; ich kann nicht recht mit ihr auskommen."

Tines Baden wollten nicht wieder rot werden; der Husten wich nicht. Liese wollte zum Doktor gehen, aber das litt sie nicht.

„Mein Vater ist bei seinem Husten alt geworden," sagte sie; „ich kannte ihn gar nicht anders als mit dem Husten. Ja, was eine ordentliche Erkältung ist, die muß sich auskurieren, die dauert ein paar Jahre."

Wie gern glaubten es die besorgten Frauen.

Einmal kamen Zigeuner ins Dorf. Sie gingen im Dorf herum, um Kessel zu flicken, und bettelten und stahlen nebenbei, wo es anging.

Auch in Liese Petersen kleines Haus kam ein altes Zigeunerweib. Liese fuhr sie grob an und gab dann mit vollen Händen, wie es in ihrer Art war. Die Zigeunerin ergriff ihre Hand und weissagte ihr allerlei Schönes, ein langes Leben, Gesundheit und Geld.

Die Alte trat auch zu Tine, die in ihrem Rohrlehnstuhl am Fenster saß, und ergriff deren schmale, weiße Hand.

Tine entzog sie ihr. „Nein, nein," sagte sie hastig. Eine flüchtige, feine Röte huschte über ihr Antlitz. Nein, sie wollte nicht wissen, wie lang oder kurz ihr Leben noch währte, was ihr noch bevorstand in Freud und Leid; sie wollte nehmen, wie es kam, wie Gott es wollte.

„Janne," sagte sie am Abend dieses Tages zu ihrer Tochter, „versprich mir, daß du dir niemals wahrsagen läßt. Hörst du, niemals! Es ist nicht gut. Man richtet sich doch danach. Ob es nun eintrifft oder nicht, es nimmt einem die Ruhe."

Janne lachte ihr helles, frisches Mädchenlachen. Da brauchst du nicht bange zu sein, Mutting. Im Ernst glaube ich an so was gar nicht. Bloß aus Spaß hätte ich mir gern einmal die Karten legen lassen. Ich möchte wohl wissen, ob ich bald einen Bräutigam bekomme."

Fast erschrocken sah Tine auf. Als sie in die blauen Augen Jannes blickte, die vor Mutwillen und Lebenslust blitzten, da war es ihr klar, daß ihre Tochter kein Kind mehr war.

„Janne," bat sie leise, „nicht wahr, wenn du jemals einen gern leiden magst, dann sagst du es deiner Mutter."

„Ja, mein süßes Mutting, du sollst alles wissen," war Jannes Antwort, die sie mit einem Kuß besiegelte.

(Fortsetzung folgt.)

Es gibt nichts Besseres für Kinder u. Kranke als Poralf
Achten Sie auf die Schutzmarke

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192302 21-18/fragment/page=0003

nehmer eine grundsätzliche Entschädigung der mittelbar vom Streik Betroffenen in die Versicherung. Die Regierung erklärte, daß sie bereit sei, die mittelbar am Streik Beteiligten in der Versicherung teilweise zu berücksichtigen. Alle Anträge, auch die Fassung der Regierungsvorlage, wurden gegen die Stimmen der Arbeitgeber abgelehnt. In der Gesamtabstimmung wurde das Gesetz in erster Lesung mit den Stimmen der Arbeitnehmer angenommen. In der zweiten Lesung wurde gegen die Stimmen der Arbeitgeber in der Frage der Versicherung der mittelbar vom Streik Betroffenen folgender Passus der Regierungsvorlage wiederhergestellt: **„Arbeitslose, deren Arbeitslosigkeit durch inländischen Ausstand oder inländische Aussperrung unmittelbar verursacht ist, haben für die Dauer des Ausstandes oder der Aussperrung keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung."**

Derselbe Ausschuß lehnte mit den Stimmen der Arbeitnehmer einen Gesetzentwurf ab, der eine Beschäftigung bis zu drei Stunden an einem Sonntag in jedem Monat für die Angestellten im Handelsgewerbe vorsah.

Der Bergarbeiterstreik in Frankreich und Belgien.

Ueber die Lage im französischen Bergbau macht das Ministerium für öffentliche Arbeiten Angaben, wonach in den Departements Nord und Pas de Calais am Vormittag eine ausgesprochene Besserung zu verzeichnen gewesen sei. Im Loire-Departement sei die Lage unverändert, jedoch eine Arbeitsaufnahme in sehr geringem Umfange in Firminy zu verzeichnen. In den Departements Aveyron und Tarn werde voll gearbeitet. Im Departement Gard sei die Lage unverändert, desgleichen im Moselledepartement.

Eine Abordnung der französischen sozialistischen Bergarbeiter ist gestern vom Arbeitsminister Bertrand empfangen worden. Gegenwärtig wird eine Altersversorgung von 1500 Franken jährlich gezahlt. Die Bergarbeiter fordern 2000 Franken. Die Altersgrenze soll ferner von 55 auf 50 Jahren herabgesetzt werden. Der kommunistische Bergarbeiterverband trat am Dienstag in Paris zu einer Konferenz zusammen, um über die Lage zu beraten und zu entscheiden, ob der Bergarbeiterstreik fortgesetzt oder abgebrochen werden soll.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, streiken die belgischen Bergarbeiter in der Gegend von Mons beinahe vollständig. Von 37 000 befinden sich 35 000 im Ausstand.

Aus dem Hallischen Gewerkschaftsleben

Zum Streik in der Steindruckerei Karl Warnecke, Brandenburger Straße 5. Infolge des vertragsbrüchigen Verhaltens der Firma Warnecke, hat die Versammlung der graphischen Hilfsarbeiter vom 20. Februar beschlossen, einen Extrabeitrag (für männliche 700 Mk., weibliche 500 Mk.) zu entrichten, und zwar auf die Dauer von 3 Wochen. Als Arbeitswillige sind folgende Arbeiterinnen festgestellt: Ella Müller, Richard-Wagner-Straße (Museum); Frau Reimann, Reilstr. 9 und Martha Kirchhoff, Martinsberg 4. Arbeiter und Arbeiterinnen meidet den Betrieb der Firma Warnecke, Brandenburger Straße 5, und übt Solidarität!

Aus aller Welt.

Das junge Mädchen am Nebentisch.

Ein Abenteuer in der Weihnachtsnacht.

Unter dieser heiteren Ueberschrift erzählt der „Vorwärts" in seinem Berliner Teil folgende ebenso heitere wie für das gesellschaftliche Leben der Gegenwart bezeichnende Geschichte:

Am letzten Weihnachtsheiligabend war der Kaufmann J., ein nicht mehr ganz junger Mann, einsam und allein in seiner Wohnung. Seine Frau befand sich auf Reisen. Um der Einsamkeit und den trüben Gedanken zu entgehen, begab sich Herr J. in das Café Weiß am Hackeschen Markt und trank dort, der fernen Gattin gedenkend, eine Flasche Rotspohn. Da bemerkte sein kummervolles Auge an einem Nebentisch ein junges Mädchen, das ebenfalls in recht elegischer Stimmung war, und bald fanden sich die gleichgestimmten Seelen zu einer zweiten Flasche zusammen, der dann noch mehrere folgten. In wesentlich besserer Stimmung machte schließlich der Kaufmann der jungen Dame, die ihm so nett über den angeriffenen Abend hinweggeholfen hatte, den Vorschlag, in seiner Wohnung noch eine Tasse Tee zu trinken. Da entsann sich die schöne Unbekannte, daß das eigentlich nicht schicklich sei, da sie doch verlobt sei und schon einen Bräutigam habe. Diesem seelischen Konflikt machte J. dadurch ein Ende, daß er auch den Bräutigam, der während der ganzen Zeit an einem Nebentisch gesessen und über den bisherigen kleinen Seitensprung der „Braut" sich nicht sonderlich erregt gezeigt hatte, ebenfalls zu einem Gläschen Likör in seine Wohnung einlud. Das „Brautpaar" begleitete den Kaufmann in seine Wohnung und man saß lange fröhlich beisammen. Schließlich bot Herr J. dem „Brautpaar" Obdach in seiner Wohnung an. Der Bräutigam begnügte sich mit einem Lager in dem Wohnzimmer, der Kaufmann begab sich mit dem Mädchen in das eheliche Schlafgemach. Das Mädchen begab sich aber noch einmal zu ihrem Verlobten, und als sie wiederkam, erklärte sie, sie müsse sofort die Wohnung verlassen. Hernach zeigte sich die Bescherung, denn der Kaufmann stellte fest, daß seine Gäste allerlei, so z. B. die goldene Uhr, die Brieftasche, Silberzeug usw., hatten mitgehen lassen. Die Polizei stellte fest, daß der Bräutigam vom Weihnachtsheiligabend ein den Behörden wohlbekannter Dieb namens Simon Baumwoll aus Warschau war. In der Gerichtsverhandlung behauptete der Angeklagte steif und fest, er selbst habe nichts gestohlen, sondern seine „damalige Braut", von der er aber weder Namen noch Adresse kenne. Das Gericht konnte den Beweis dafür, daß Baumwoll mit dem Mädchen zusammen gearbeitet habe, nicht erbringen, und so mußte der Angeklagte denn schließlich freigesprochen werden.

Lehrer und Schüler ertrunken. Bei einem Ausflug nach dem Sachsenwald, den eine Klasse der Oberrealschule St. Georg in Hamburg unternahm, überschritten einige Schüler das Eis der infolge der vielen warmen Quellen trügerischen Bille und brachen ein. Der Lehrer, Dr. Meyerhof, geriet bei den Rettungsversuchen ebenfalls unter das Eis und fand mit dem Schüler Siems seinen Tod. Ein anderer mit eingebrochener Schüler konnte sich wieder aus dem Wasser herausarbeiten.

Flüchtlingsschicksal. Reuter meldet aus Konstantinopel, daß an Bord des Transportschiffes „Themis" von 4500 Flüchtlingen aus Noworossijsk allein 800 an Pocken, Typhus und Cholera gestorben sind. Die meisten der Opfer waren griechische Flüchtlinge.

Verantwortliche Redakteure: Für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz; für Halle und Saalkreis sowie für Gewerkschaftliches: Gottlieb Fasparek; für den provinziellen Teil: Karl Garbe; für das Feuilleton: Hermann Lange; für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsdruckerei, e. G. m. b. H. Halle/Saale, Harz 42/44.

Hautausschlag, Beinschäden (Krampfadern) ist San.-Rat Dr. Strahl's Hausalbe ein seit Jahrzehnten bekanntes und wirksames Mittel. 2850
Zu haben: Halle, Viktoria-Apotheke, Gr. Steinstrasse 52.

SPD

Halle u. Bezirk Merseburg

Sekretariat: Halle (Saale), Harz 42/44, Hinterackäude, 2 Treppen :: Fernruf 1028

Parteigenossen! Die Aufklärung der Frauen ist zwingende Notwendigkeit. Bringt deshalb zu allen Veranstaltungen :: der Partei Eure Frauen mit. ::

Halle.

Kartellkelegierte der SPD. Donnerstag, den 22. Febr., im Gewerkschaftshaus Zimmer 1, Fraktionssitzung. Es wird auf vollzähliges Erscheinen gerechnet.

SAJ. Gruppen Nord u. Zentrum Donnerstag, den 22. Februar 1923, in der Gieskenschen Schule, pünktlich 7 Uhr Vortrag des Gen. K. Mangelsdorf über „Mutter Erde."

— Gruppe Süd. Donnerstag 7 Uhr in der Domschule: Lese- und Musikabend. Musikinstrumente sind mitzubringen. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Merseburg. Freitag den 23. Februar 7½ Uhr, Gesterstr. 4, II Frauenversammlung. Genossin Matzeit (Göritz) spricht über Wohlfahrtspflege. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Greppin. Donnerstag, den 22. Februar, abends 7 Uhr, im Lokal Schmidt Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die kommenden Kommunalwahlen. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes.

Elsterwerda. Sonnabend, den 24. Februar, bei Dietrich: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Kommunalwahlen und Aufstellung der Kandidaten. Es ist Pflicht aller Genossen und Genossinnen in dieser Versammlung zu erscheinen.

Mansfelder Lande.

Eisleben. Donnerstag, den 1. Februar, abends 7½8 Uhr, im Bureau, Grabenstraße 50: Vorstandssitzung.
J. A.: W. Kohl.

Vereinsanzeiger

Halle.

Arbeiter-Esperanto-Bund für das deutsche Sprachgebiet.

Wir veranstalten öffentliche Versammlungen mit dem Thema: „Arbeiterschaft und Esperanto" in:

Bitterfeld am Donnerstag, dem 22. Febr. im „Deutschen Haus" (Dessauer Straße).
Greppin am Donnerstag, dem 22. Febr., in Schmidts Lokal.
Holzweißig am Freitag, dem 23. Februar in Sonntags Lokal.
Sandersdorf am Mittwoch, dem 28. Febr., in Marseks Lokal.

Sämtliche Versammlungen finden abends 8 Uhr statt. Anschließend beginnen wir neue Anfängerkurse, wozu wir recht zahlreiche Beteiligung erwarten. — Lernt in Sonntags Lokal. — Esperanto muß die Parole jedes Genossen, jeder Genossin sein

Mansfelder Lande.

Eisleben. Verband der Bergarbeiter. Sonntag, den 25. Februar, nachmittags 3 Uhr, im kleinen Saale des Volkshauses: Mitgliederversammlung.

Helbra. Volksbildungsausschuß. — Donnerstag, den 22. Februar, abends 7 Uhr, in der 18klassigen Volksschule, Zimmer 10: Vortrag. Der Friedensvertrag von Versailles. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Druckaufträge
jeder Art übernimmt und liefert schnell und sauber
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Stadt-Theater. Donnerstag, abds. 7½ Uhr: **Wilhelm Tell**. Freitag: **Siegfried.** 3082

Künstler-Spiele Be. Bu. Bü. Hinterg. 1, Ecke Gr. Ulrichstr. Bes.: Albert Koch. Jeden Abend 8/8 Uhr: **Das große Programm!!** mit ersten Künstlern.

Alte 3078 silberne Löffel, Messer, Gabeln u. Ziergeräte mit Silberstempel kaufe ich zum Einschmelzen zur Anfertigung stilvoller Bestecke. Legitimationspapiere bitte ich mitzubringen. **Juweller Tittel, Bettenhaus.**

Brillanten Gold-, Silber-Ringe, Ketten Uhren aller Art usw. kauft stets **H. Schindler,** Juwelier u. Uhrmacher Kleine Ulrichstrasse 35.

Möbel aller Art, 3080 neu und gebraucht, in großer Auswahl, verk. noch preiswert **Otto Thormann,** Brüderstr. 14

Wir kaufen zum Selbstverbrauch **Kupfer, Messing, Zink, Blei.** 3083 Hallische Bronze- u. Metallwarenfabrik **Arthur Täglich,** G. m. b. H. Halle a. S., Marienstraße 2.

Schlied.-Ausschnitt wieder vorrätig. **Wilh. Kranig,** Lederhandlung, Neue Promenade 15. **Gummi-Absätze.**

Eiserne u. transport. **Kachel-Oefen** Waschkessel Pat.-Gruben Sparkocher Kochherde **Christian Glaser** Gr. Klausstr. 24 Fernruf 6138

Halt! **Kleine Anzeigen** wie: Kauf-Gesuche und -Angebote, Vermietungen, Unterricht, Stellengesuche, Weihnachtsbäume usw. finden hier stets ihren Erfolg!

Staunend billig! Donnerstag früh 20000 Pfund **Grüne Heringe 550** 3–4 Stück auf 1 Pfund Pfund
Es handelt sich um wirklich lebendfrische, allerbeste Ware, Gebraten, mariniert und in Gelee gekocht ein wohlschmeckendes, nahrhaftes und billiges Essen.
Bitten Körbe, Taschen u. dgl. mitzubringen.
Verkauf von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Für schnelle Bedienung ist gesorgt.
Nur **Nordsee** Gr. Ulrichstr. 58 Tel. 1274. 1275.

Meier zahlt stets höhere Preise wie Konkurrenz für **Felle** 3079 (Katzen auch lebend). **Brüderstraße 7** Eingang Kl. Steinstr.

Gerberei Ernst Adelberg Merseburg, Fischerstraße 8 **Sohl- und Oberleder-** Ausschnitt und sonstige Gegenstände.

Werbt neue Leser!

Luxussteuerfreier Verkauf. Gold-, Silber-, Platin-Bruch **Doublé Brillanten** kauft laufend **Holland,** nur Schützenhof 10 vom Markt sichtbar. Von 9 bis 6 Uhr geöffnet. Beelle Bedienung. 2849

Uhrreparaturen werden billig ausgeführt.

Fundsachen-Verkauf.

Freitag und Sonnabend, den 23. und 24. Februar 1923 von 9 Uhr vormittags an findet in unserem Fundbureau, hier, Güterschuppen, Eingang Kaffineriestraße, öffentliche Versteigerung von Fundgegenständen gegen sofortige Barzahlung statt.
3076 **Reichsbahndirektion**

Fuhren aller Art, auch Aschenfuhren, werden angenommen **Alb. Ackermann jun.,** Große Schlossgasse 5, Telephon 4282. 3070

Mansfelder Kreise

Intern. Bund der Kriegsopfer, Eisleben. Freitag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, im „Volkshaussaal":

Großer Theater-Abend

Zur Aufführung gelangt „Die Waffen nieder", soziales Drama. Zum Besten der Kostermanden der Kriegsopfer und Hinterbliebenen. Karten im Vorverkauf für 250 Mark b. Fell-Hoffmann, Sangerhäuser Konsum. Karten an der Abendkasse 300 Mk. Kassenöffnung 7 Uhr. Internationaler Bund der Kriegsopfer.

Amtliche Bekanntmachungen

Eisleben

Am 20. Februar tritt die Ministerial-Verordnung vom 8. Februar 1923 über die Pflicht zum Aushang von Preisschildern folgenden Inhalts in Kraft:

§ 1. Wer im Kleinhandel feilgehaltene Waren der im § 2 dieser Verordnung bezeichneten Art in Läden, Schaufenstern, Schaukästen, auf dem Wochenmarkte, in der Markthalle oder im Straßenhandel dem Publikum sichtbar ausstellt oder anpreist, ist verpflichtet, die Waren mit Preisschildern zu versehen, aus denen der genaue Verkaufspreis der einzelnen Ware ersichtlich ist. Der Preis ist kenntlich für ein ganzes Pfund, Liter, Meter, Stück oder eine sonstige handelsübliche Einheit der Ware in deutlich lesbaren Zahlen, in deutscher Währung, an gut sichtbarer Stelle anzugeben. Soweit mehrere zusammengehörende Gegenstände üblicherweise zu einem Gesamtpreis verkauft werden, ist das Preisschild, daß in diesem Falle eine Aufzählung der zusammengehörenden Stücke, sowie den Gesamtpreis zu enthalten hat, in der Weise anzubringen, daß es mit einem der Stücke verbunden wird.

§ 2. Waren im Sinne des § 1 sind: Schwarz-, Grau- und Weißbrot, Brötchen, Zwieback, Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren aller Art mit Ausnahme der Luxuswaren. Fische, Fische und Räucherwaren einfacher Art, Kartoffeln und Kartoffelerzeugnisse, frisches und getrocknetes Gemüse, Milch und Milchpräparate, Butter, Margarine und sonstige Speisefette und Tierfette, Käse, Eier, Eierpräparate, sowie Eiersatzmittel, Mehl, Grieß, Graupen, Hülsenfrüchte, Teigwaren, Kaffee, Kaffeemischungen und Kaffee-Ersatz, Tee, Teemischungen und Tee-Ersatz, Kakao, Block-, Tafelschokolade und Schokoladenpulver, Zucker und einfache Zuckerwaren, Salz, Gewürze, frisches und getrocknetes Obst, Honig, Kunsthonig, Obstmus, Marmeladen, Futtermittel aller Art, Holz, Kohlen, Koks, Briketts, Torf, Karbid, Benzin, Benzol, Petroleum, Brennspiritus, Kerzen einfacher Art, Streichhölzer, Berufskleidung einfacher Art, für den notwendigen Gebrauch bestimmte, einfache Männer-, Frauen- u. Kinderbekleidungsstücke, einfache Leib-, Unter-, Bett- und Hauswäsche nebst den Stoffen, aus denen sie hergestellt werden, Zwirn einfacher Art, Strickwolle, Nähgarn, einfache Männer-, Frauen- und Kinderhüte oder Mützen, für den notwendigen Gebrauch bestimmte Schuhwaren und ihre Zutaten, einfache Lederwaren und Lederersatzwaren, Möbel, Haus- und Küchengeräte einfacher Art, soweit sie zur Führung eines Haushalts notwendig sind, Reinigungsmittel, Haushaltseifen, Bürstenwaren einfacher Art, Schreib- und Papierwaren einfacher Art, Schulartikel, Verbandstoffe, Tabak und Tabakwaren, Pfeifen einfacher Art, Handwerkszeug.

§ 8. Die Verpflichtung zur Anbringung eines Preisschildes an einer Ware wird dadurch aufgehoben, daß die Ware zweifelslos bezeichnet in einem Preisverzeichnis aufgenommen ist.

§ 4. Die Preisankündigung auf den Preisschildern gilt als Preisforderung im Sinne der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 — RGBl. S. 395. —

Wir bringen dies mit dem Hinzufügen zur allgemeinen Kenntnis, daß Zuwiderhandlungen mit schweren Strafen bedroht sind. Außerdem kann die Untersagung des Handelsbetriebes auf Grund der Verordnung vom 23. September 1915 erfolgen.

Eisleben, 19. Februar 1923.
Die Polizei-Verwaltung.

Mansfelder Gebirgskreis

Auf die im Regierungsamtsblatt, Ausgabe B, Stück 6, Seite 31, veröffentlichte Aenderung der Fleischbeschau-Gebührenordnung vom 7. Februar 1923 mache ich hierdurch besonders aufmerksam. Die Fleischkauer und Trichinenschauer können das vorgenannte Regierungsamtsblatt bei den Herren Gemeindevorstehern einsehen.

Mansfeld, den 14. Februar 1924.
Der Landrat.

Die Invaliden Ludwig Große und Franz Schimpf aus Klostermansfeld sind als Nachtwächter und Gemeindediener für die Gemeinde Klostermansfeld angestellt und als solche von mir bestätigt und vereidigt worden.

Mansfeld, den 6. Februar 1923.
Der Landrat.

Erteilung der Jagdpolizeibefugnis im Mansfelder Gebirgskreise an die Forstbeamten der Oberförsterei Eisleben.

Den nachstehenden Forstbeamten habe ich die Jagdpolizeibefugnis auf den ihren Forstdienstbezirken angrenzenden Jagdbezirken innerhalb des Mansfelder Gebirgskreises erteilt:

1. Oberförster Schmidt, Eisleben,
2. Hegemeister Weilepp, Großosterhausen,
3. Forstgehilfe Beyer, Oberfarnstedt,
4. Hegemeister Schoellner, Rothenschirmbach,
5. Hegemeister Schmidt, Bischofrode,
6. Förster Bosdorf, Helfta,
7. Förster Hebeuss, Aschersleben,
8. Förster Steinemann, Bischofrode,
9. Forstgehilfe Krop, Bischofrode,
10. Hegemeister Brade, Bornstedt,
11. Hegemeister Schröder, Emseloh,
12. Hegemeister Naumann, Siebigerode,
13. Revierförster Lucke, Annarode,
14. Förster Anton, Annarode,
15. Förster Heinrichs, Annarode,
16. Forstgehilfe Thiel, Annarode,
17. Förster Heitmer, Siebigerode,
18. Hegemeister Hülsebusch, Vatterode.

Mansfeld, 14. Februar 1923.
Der Landrat.

Auf die im diesjährigen Regierungsamtsblatt (Stück 4, S. 20 unter Nr. 70) abgedruckte Bekanntmachung: Erhöhung der Prüfungsgebühren für Hufbeschlagprüfungen betreffend, weise ich hiermit noch besonders hin und ersuche zugleich die Interessenten hiesigen Kreises, dieses Amtsblatt-Stück bei ihren Ortsbehörden einzusehen.

Mansfeld, den 12. Februar 1923.
Der Landrat.

Amtliche Bekanntmachungen

Kreis Querfurt

Betrifft: Reichsmietengesetz.

Der dem Mieter zustehende vertragsmäßige Gebrauch umfaßt bei Wohnungen regelmäßig zugleich die zu seiner Ausübung erforderliche Mitbenutzung anderweiter, nicht besonders bezeichneter Hausteile, wie z. B. des Hofes, des Ziergartens, der Waschküche, des Kellers usw. (vergl. Reichsgericht, Gruchot, Band 48, S. 902). Ist daher dem Mieter einer Wohnung gleichzeitig ein Garten und Hofraum zur Benutzung überlassen, so liegt regelmäßig lediglich ein einheitlicher Mietvertrag vor. Soweit daher die Mieterschutzvorschriften überhaupt Anwendung finden, gelten sie auch für das Recht zur Nutzung des Gartens und Hofraums. Eine Trennung dieses Rechts von dem Recht zur Raumbenutzung und eine besondere Behandlung des Rechts auf Benutzung des Gartens und Hofraums erscheint mir nicht zulässig. Insbesondere ist auch m. E. eine Kündigung des Rechts auf Nutzung des Gartens und Hofraums allein nicht zulässig, sondern nur eine einheitliche Kündigung des gesamten Mietvertrages.

Der Herr Reichsminister der Justiz ist der vorstehenden Ansicht beigetreten.

Berlin, den 10. November 1922.
Der Arbeitsminister.
J. A.: gez. Dr. Geib.

Vorstehendes wird zur allgemeinen Beachtung veröffentlicht.

Querfurt, den 20. Februar 1923.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
(Kreiswohnungsamt).
von Krause, Landrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230221-18/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 21. Februar 1923.

Parteinachrichten.

Unterbezirk 1 Halle-Saalkreis.

Donnerstag, den 22. Februar, abends 7 Uhr, im Parteibureau **sehr wichtige Vorstandssitzung.** Erscheinen unbedingt notwendig.

Sonntag, den 25. Februar, vormittags 9 Uhr, im Parteibureau Harz 42/44, **Sitzung der Kreistagsdelegierten des Saalkreises.** Erscheinen dringend notwendig.

Die Stimme der Beamtenschaft.

Aussprache in der öffentlichen Beamtenversammlung der SPD. am 18. Februar (vgl. in der gestrigen Nummer dieses Blattes den Bericht unter der Ueberschrift: „Deutsche Beamtenschaft, deine Sache wird verhandelt.")

Im Anschluß an den Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Breunig (Berlin) über das Beamtenrätegesetz und das Verhalten des Bürgerblocks entwickelte sich eine außerst lebhafte Aussprache, die ein recht deutlicher Beweis dafür war, welch großes Interesse die Versammlungsbesucher der zur Erörterung stehenden Frage entgegenbringen.

Universitäts-Professor Genosse **Dr. Waentig** dankte dem Berichterstatter für seinen klaren Vortrag, in dem er die wichtigsten Punkte herausgestellt und die Gesechtslage klargelegt hat. Eine Gefechtslage ist es tatsächlich. Theoretische Erörterungen sind zwecklos, bis die Machtverhältnisse sich so gestalten, daß die Forderungen zu verwirklichen sind. Hier ringen zwei Gruppen miteinander: die Vertreter der Arbeiterschaft gegen die Vertreter des Besitzes. Wer über die breite Masse des Beamtentums verfügt, der verfügt über die Machtmittel des Staates. Die Beamten haben das noch nicht erkannt. Deshalb heißt es werben von Mann zu Mann. Der Beamte muß sich als Arbeiter fühlen. Die Deutsche Volkspartei hat nach viel Gefolgschaft in der Beamtenschaft. Eine Aeußerung, die ein mir fremder Mann kürzlich auf der Bahn tat, scheint mir von Bedeutung; er meinte: „Wenn das Ministerium Cuno fällt, dann kommt es zu großen Auseinandersetzungen in Deutschland, Auseinandersetzungen zwischen links und rechts." Ich fürchte, der Mann hat recht; wir gehen schweren innerpolitischen Kämpfen entgegen. Da muß die Gleichgültigkeit der Beamten aufhören. Entwickeln Sie eine energische Werbetätigkeit! Suche ein jeder von Ihnen viele Berufsgenossen zu gewinnen für den richtigen Standpunkt, d. h. für die Vertretung des Arbeitergedankens. Fort mit den Vertretern des alten Staatsgedankens! Es kann gar keine Interessengemeinschaft (kulturelle, politische) geben zwischen den beiden Gruppen. Die Beamten dürfen nicht zu Verrätern werden an den Interessen des modernen Staates.

Der Vorsitzende des hallischen Ortskartells des ADB., Gen. Flicht, führte aus: Das Beamtenrätegesetz ist wichtig für die Durchführung des republikanischen Gedankens. Nur wenig Beamte sind politisch organisiert, und viele Beamte wagen es nicht, ihrer politischen Meinung Ausdruck zu geben. Die Aufklärung über das Beamtenrätegesetz muß erfolgen durch die gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Beamtenschaft, wie es seinerzeit beim Betriebsrätegesetz durch die Arbeitergewerkschaften — ADGB. usw. — geschehen ist. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund geht zielklar vor, er spricht in den Parlamenten vor, drängt und läßt nicht locker. Seiner Aktivität ist die zweite Lesung des Beamtenrätegesetzes zu verdanken. Die anderen Gewerkschaften (Deutscher Beamtenbund zum Beispiel) lassen nichts mehr von sich hören, weil die antreibenden Kräfte zum ADB. übergetreten sind. Was noch drin ist im Deutschen Beamtenbund, ist rückständig und hat kein Interesse an einem neuzeitlichen Beamtenrätegesetz. Da ist es unverständlich, wenn noch untere (z. B. Polizei-) Beamte im Deutschen Beamtenbund sind. Die Beamten gehören zur Arbeiterschaft. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund sagt: Beamtenschaft ist Arbeitnehmerschaft. Der Deutsche Beamtenbund vertritt den gegenteiligen Standpunkt. Auch in der Wirtschaftspolitik gehen die gewerkschaftlichen Organisationen auseinander: Der Deutsche Beamtenbund steht gegen den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund. Letzterer tritt ein für Sozialisierung des Wirtschaftslebens, ersterer will das unter keinen Umständen.

Genosse **Jöstel**: Das Bürgertum bekämpft das Beamtentum, es bekämpft bei der Beratung des Beamtenrätegesetzes alle zugunsten der Beamten gestellten Anträge unserer Partei. Die Beamten müssen für richtige Zusammensetzung des Parlaments und damit auch der Regierung sorgen. — Genosse **Fecht** wünscht unzweideutige, klare Fassung des Gesetzes, namentlich auch hinsichtlich der Schutzbestimmungen für die Beamtenvertreter. — Genosse **Wasnick**: Wenn sich die Beamten für das Beamtenrätegesetz so eingesetzt hätten, wie die Arbeiter für das Betriebsrätegesetz, so wäre eine Vorlage, wie die jetzige, nicht möglich gewesen. — Kollege **Weber**: Das Betriebsrätegesetz der Beamtenschaft ist ohne praktische Bedeutung; es wird erfolglos sein, wie das Betriebsrätegesetz der Arbeiter. — Genosse **Waentig**: Machtentfaltung ist nötig. Wir befinden uns im Gegensatz mit der Macht der bürgerlichen Kreise. Die leitenden Stellen befinden sich fast alle in den Händen der bürgerlichen Parteien. Das Betriebsrätegesetz hat große praktische Bedeutung und auch das Beamtenrätegesetz wird sie haben. Warum waren sonst die bürgerlichen Parteien so dagegen?

Genosse **Breunig** im **Schlußwort**: In der bevorstehenden dritten Lesung im 23. Ausschuß handelt es sich um Verbesserung des Gesetzes. In Kleinigkeiten ist ja die bürgerliche Front schon etwas auseinandergefallen. Die Demokraten schwanken. Jedenfalls muß das Gesetz von Grund aus umgestaltet werden; wenn es so ähnlich, wie die Vorlage ist, bleibt, werden wir ihm nicht zustimmen. Es wäre nur eine Täuschung der Beamtenschaft. Das zurzeit bei der Eisenbahn bestehende Wahlverfahren würde z. B. verschlechtert werden, wenn es bei dem jetzigen Beschlusse zum Beamtenrätegesetz bliebe. Die Beamten sind leider immer noch zu wenig politisch tätig. Sie müssen aber jetzt richtig wählen, agitieren und Kleinarbeit leisten wie die Arbeiter. Rechtsfragen sind genau so wichtig wie Wirtschaftsfragen. Rechtsfragen sind Machtfragen. Wir könnten die Macht haben, wenn die Beamten unsere Forderungen unterstützten und unsere Partei wählten. Allerdings können wir Weitermärschen, die in die Partei eintreten und wieder hinausgehen, je nachdem unsere Minister in der Regierung sitzen oder nicht, nicht gebrauchen. Klarheit muß geschaffen werden zwischen Arbeitnehmern und Besitzenden. Am Betriebsrätegesetz ist wohl manches zu kritisieren, es ist auch vielfach wenig eindeutig, aber ein Fortschritt ist es gegen früher, und es erfüllt viele Forderungen der freien Gewerkschaften. Wenn das Beamtenrätegesetz auch eine Gestalt erhält, in der es einen Fortschritt bedeutet, so werden wir ihm zustimmen. Dann heißt es, von Etappe zu Etappe zu marschieren.

Einige der Diskussionsredner schweiften vom Thema ab, so daß ihre Ausführungen hier keinen Platz finden können.

Nachstehendes, vom Genossen Dörrfeld eingebrachte Entschließung nahm die Versammlung einstimmig an:

„Die Parteileitung wird aufgefordert, entschieden sich dafür einzusetzen, daß bei der Verabschiedung des Beamtenrätegesetzes die Fraktion wie bisher auch weiter für die volle Mitbestimmung der Beamten, für ein Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahren sowie eine demokratische Wahlordnung eintritt."

Beamte! Amtsgenossen und Parteigenossen! Sorgt für weite Verbreitung des Gehörten und hier im großen und ganzen Wiedergegebenen! Deutsche Beamtenschaft, Deine Sache wird verhandelt!

Halles Einwohnerzahl.

Rund 196 000 Einwohner. — Wieder Mädchengeburtenüberschuß.

Die Einwohnerzahl Halles hat am 1. Februar des Jahres 1923 **195 976 Personen** betragen; das sind **nur 443 Personen mehr als ein Jahr zuvor.** Bemerkenswert ist die allmähliche Anpassung des weiblichen Geschlechts an die etwaige Geschlechterpartität in der Bevölkerung. Während als Auswirkung des Krieges noch zu Anfang 1920 nur etwa 45 Prozent der Einwohner männlichen Geschlechts waren und fast 55 Prozent weiblichen, sind gegenwärtig bereits 48 Prozent der Einwohner männlichen Geschlechts, so daß das frühere Zahlenverhältnis der beiden Geschlechter in Halle mit 48,8 Prozent männlichen Personen bald wieder erreicht sein dürfte.

Es liegt im Wesen der Großstadt begründet, daß sie einen Frauenüberschuß aufweist. Einmal ist gerade viel städtische Arbeit für Frauenhände geeigneter, weil sie oft physisch nicht schwer ist, andererseits befindet sich mancher männliche Stadtgebürtige draußen, um seinem Erwerb nachzugehen.

Die Hebung der Haushaltungen, die Kleinheit der städtischen Familie, die auch für Frauen zahlreichen Ausbildungsstätten in den Städten, die gutbürgerliche und Hausbeamtinnenfürsorge besonders in den Großstädten, sie alle wirken dem Erwerbstrieb des Mannes, der in der Stadt am raschesten weiterzukommen hofft, entgegen und werden den Frauenüberschuß in der städtischen Bevölkerung wohl kaum jemals verschwinden lassen.

Die stärkere Zunahme des männlichen Geschlechts in der Bevölkerung Halles in den letzten Jahren ist in der Tat nicht auf wirtschaftliche Ursachen im engeren Sinne des Wortes zurückzuführen, sondern auf den Umstand, daß die Geburten in den Jahren 1919 bis 1922, wie stets nach schweren Kriegen, einen größeren Prozentsatz Knaben gebracht haben als in normalen Friedensjahren. Während vor dem Kriege auf 100 Mädchengeburten jeweils 105 Knabengeburten entfielen, ist die Nachkriegszeit mit 108, ja zeitweise 109 Knabengeburten auf 100 Mädchengeburten aufgetreten. Erst mit Ende 1922 läßt dieser höhere Anteil der Knabengeburten nach, und der Januar 1923 entbält sogar zum ersten Male seit langer Zeit einen Mädchengeburtenüberschuß in der einheimischen Bevölkerung, indem 178 Knaben und 183 Mädchen lebend geboren worden sind.

In welcher Weise solche Zahlen zu denken geben, soll später einmal erörtert werden.

Einheitsorganisation der preußischen Polizeibeamten.

„Blau" und „Grün" in einem 80 000 Mitglieder zählenden Polizeibeamtenverbande vereinigt.

Am Dienstag traten in Berlin die beiden preußischen Polizeibeamtenverbände, die etwa 80 000 Mitglieder umfassen, zu einem zweitägigen Kongreß zusammen. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Zusammenschluß der beiden Organisationen. Nahezu drei Jahre haben die Verbände „Blau" und „Grün" gebraucht, um sich zusammenzufinden. Der preußische Minister des Innern Severing gedachte einleitend der außerordentlich wichtigen Tätigkeit der Organisationen im allgemeinen, und insbesondere der Organisationen im besetzten Gebiete. Die Polizeibeamtenschaft im Ruhrgebiet habe sich vorzüglich bewährt und mit selbstloser Hingabe und Aufopferung, oft unter schwersten Mißhandlungen, ihren Dienst verrichtet. Ganz Deutschland danke den tapferen Männern, deren treue Pflichterfüllung fremde Willkür nicht beugen könne. Der Minister fand auch für die Beamten im unbesetzten Deutschland Worte der Anerkennung und des Dankes. Er wies auf die leider immer noch zunehmende Kriminalität hin, die die Polizei auch in den nächsten Jahren vor außerordentlich hohe Aufgaben stellen werde. Er versprach der Versammlung, sich immer dafür einzusetzen, daß der Polizeibeamte keiner ebenso verantwortlichen wie anstrengenden und gefahrvollen Tätigkeit entsprechend in die Besoldungsordnung eingruppiert werde.

Auch der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Flüger, begrüßte namens der Spitzenorganisation den Verbandstag.

Der Kongreß wird sich außer der Zusammenfassung der beiden Verbände fast ausschließlich mit Organisationsangelegenheiten beschäftigen.

Mehlschiebungen im großen.

Durch die Aufmerksamkeit von Beamten des Güterbahnhofes ist es der Wuchersteile des Polizeipräsidiums gelungen, einen Waggon mit 200 Zentnern 80proz. Kommunalmehl anzuhalten, das — obwohl zur ausschließlichen Versorgung der hiesigen Bevölkerung bestimmt — von einem Leipziger Händler nach auswärts verschoben werden sollte. Als Verkäufer des Mehles ist der Bäckermeister M. von hier ermittelt, der ohne das Eingreifen der Wucherpolizei an dem Geschäft den ansehnlichen Verdienst von rund 5 Millionen erzielt haben würde. Er hat auf Grund der weiteren polizeilichen Feststellungen zugeben müssen, in letzter Zeit schon zweimal gleich große Posten mit wucherischem Gewinn verschoben zu haben. Das Mehl ist beschlagnahmt, die Täter werden sich demnächst vor dem Wuchergericht zu verantworten haben.

Bei der Wuchersteile sind im Laufe des Monats Januar insgesamt 53 Anzeigen wegen Verdachts der Preistreiberei erstattet worden. An die Staatsanwaltschaft sind im Januar 17 Anzeigen weitergeleitet worden.

Eine Verlegung der Wuchersteile (Leiter: Kriminalkommissar Heim) in die Reilkaserne war erforderlich. (Fernsprechanschluß: Reilkaserne 4621; **nicht** über die Polizeizentrale!) Anzeigen werden außer der Wuchersteile auch von den Polizeirevieren und im Polizeipräsidium, Dreihasenstr. 4, Zimmer 20, entgegengenommen.

* **Verband der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, Bezirk Halle.** Anläßlich des Stattfindens unserer Bezirkskonferenz am Sonntag, dem 25. Februar, benötigen wir zur Unterbringung der Delegierten Nachtquartiere. Wir glauben, daß auch diesmal unsere Genossen nicht zögern werden uns uns die gewünschten Quartiere zur Verfügung stellen. Anmeldungen nehmen entgegen: Vertriebsbureau der VSPD., Große Petersdorfstr. und das Jugendbureau ab 6 Uhr (Halle, Harz 42/44, Zimmer 23). Auch unsere Jugendgenossen nehmen selbst Quartieranmeldungen an. Wir gestatten uns ferner darauf aufmerksam zu machen, daß am Sonnabend im „Volkspark" ein Unterhaltungsabend stattfindet. Wir bitten die Genossen, sich an diesem Abend zu beteiligen. Eintritt für Quartiergeber frei; andere Personen zahlen nach Belieben. Der Bezirksvorstand.

* **Ein hallischer Elbdampfer gesunken.** Aus Magdeburg meldet WTB.: Der auf der Elbe vor Anker liegende Dampfer „Nienburg" (in Halle beheimatet), der mit Stückgut von Hamburg nach Halle unterwegs war, ist aus unbekannter Ursache gesunken. Die Mannschaft konnte nur knapp das Leben retten. Der Schaden ist groß. Es konnte nur ein Teil der Stückgüter geborgen werden.

* **Fahrplanänderung.** Vom Donnerstag, dem 22. Februar an, wird der Eilzug 162 Berlin (ab 12.25) — Leipzig (an 3.31), solange der beschleunigte Personenzug 848 Berlin (ab 4.25) — Leipzig (an 7.25 nachm.) — München nicht verkehrt, wie folgt verlegt: Berlin ab 4.25 nachm., Gr. Lichterfelde-Ost 4.41-42, Luckenwalde 5.24-26, Jüterbog 5.46-48, Wittenberg 6.23-25, Bitterfeld 7.08-10, Leipzig an 7.52. Der Eilzug 162 führt auch in der neuen Lage nur bis 2. und 3. Wagenklasse und hat in Bitterfeld unmittelbaren Anschluß an den Personenzug 846 nach Halle (an 7.50.)

* **Falsche Dollarnoten.** In letzter Zeit sind hier und in anderen Orten Betrüger aufgetreten, die mit außer Kurs gesetzten Dollarnoten beim Einkauf von Waren bezahlten. Es ist also Vorsicht bei der Annahme von Dollarnoten geboten.

* **Raubüberfall in der Magdeburger Straße.** Nach dem Polizeibericht ist am Freitag, dem 16. Februar, abends 8½ Uhr, eine Arbeiterfrau in der Magdeburger Straße gegenüber den Parkanlagen von einem jungen Menschen, etwa 18 Jahre alt, 1,60 Meter groß, etwas O-Beine, mit gelbbrauner Mütze und grauem, einreihigem Jackett bekleidet, überfallen und ihrer Handtasche beraubt worden. In dieser befanden sich ein rotes Lederportemonnaie, eine kleine goldene Nadel in Form eines Weberschiffchens mit zwei oder 8 Kleeblättern, ein Trauring, ein Ring mit einem kleinen roten Stein, 32 000 Mk. Papiergeld und andere Sachen. Der Täter ist durch die Anlagen fortgelaufen. Infolge der Gegenwehr der Ueberfallenen ist er hingefallen und könnte sich dabei Hautabschürfungen zugezogen haben. Wer sachdienliche Angaben machen kann, wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

* **Schein und Wirklichkeit!** Die agrarische Presse bemüht sich andauernd, der Oeffentlichkeit glaubhaft zu machen, daß die gegen die Agrarier erhobenen Vorwürfe der sozialen Einsichtslosigkeit unbegründet seien. Bei der Ruhrpende seien, so meldet die „Hallesche Zeitung", allein von den Landbündlern der Provinz Sachsen eine Milliarde Mark gesammelt worden. Wie die Herren Agrarier aber förmlich mit Gewalt dazu veranlaßt werden müssen, von ihren Wuchergewinnen einen bescheidenen Teil wieder herauszugeben, ist in der „Altmärkischen Zeitung" (Osterburger Kreisblatt) vom 11. Februar nachzulesen. Dort finden wir in fetten Buchstaben, quer über die ganze Seite gedruckt, die folgenden hübschen Sätze: „Lassen wir uns das doch eine Kuh kosten!" sollte ein jeder denken, der für die notleidenden, der Gewaltherrschaft trotzenden deutschen Brüder am Rhein und an der Ruhr noch nicht sein Scherflein beigetragen hat. Geht doch vielfach das Wort um über unsere Bauern: „Wer in der Tasche nicht eine Million, — Bietet nicht mit bei der Viehauktion!" — Ob dieser etwas derbe Hinweis auf die mit Millionen gefüllten Taschen unserer Landwirte Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. Die Tatsache der Aufforderung beweist aber, daß die Opferfreudigkeit noch nicht große Ergebnisse gezeitigt hat. Man war vielmehr mit der Preistreiberei für Fleisch, Butter und Eier beschäftigt.

* **Eine Wärmestube,** in der sich Frauen und Kinder tagsüber aufhalten können, hat die Stadt Halberstadt dieser Tage eingerichtet. Wir sind überzeugt, daß eine gleiche Einrichtung auch bei uns starken Zuspruch fände; zahlreiche ältere Frauen, die jetzt infolge der hohen Kohlenpreise in ihren ärmlichen Wohnungen frieren, suchten das warme Plätzchen auf.

Aus der Ammendorfer Gemeindevertretung.

Eine Million für die Erhaltung der Fernbahn. — Die Gemeindevertretung auf der Suche nach neuen Steuerquellen. — Verbesserter Feuerschutz.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung gab der Gemeindevorsteher Rothe unter den geschäftlichen Mitteilungen bekannt, daß das Wohlfahrtsamt beschlossen hat, die Zuschüsse für die Gemeindeschwestern von 4000 Mk. auf 20 000 Mk. für den Monat zu erhöhen. Weiter sind die Unterstützungssätze für Ortsarme bei Erwachsenen auf 4000 Mk. und für Kinder auf 2000 Mk. pro Woche erhöht. Das Beköstigungsgeld im Kinderheim soll für ein Kind, welches noch erwerbsfähige Eltern besitzt, pro Woche 800 Mk., und für bedürftige Kinder 200 Mk. pro Woche betragen. Der Gemeindevertreter Schiere (USPD.) unternahm hierauf einen Vorstoß zugunsten eines Kontrollausschusses. Da aber von der preußischen Regierung Maßnahmen zur Bekämpfung des Wuchers unter Mitwirkung der Gewerkschaften vorgesehen sind, wurde die Angelegenheit zurückgestellt.

Hierauf wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten und ein Antrag der Gemeindevertreter auf Erhöhung der Löhne angenommen. Da die Fernbahn Halle—Merseburg mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und dadurch die Gefahr der Stillegung des Betriebes droht, andererseits aber das Unternehmen zum größten Teil in behördlicher Hand liegt, wurde 1 Million Mark als unverzinsliches Darlehen bewilligt. Weitere 4 Millionen Mark will die hiesige Industrie aufbringen. Einem Antrag Hohnstod, die Fuhrlöhne für Februar von 8000 Mk. auf 16 000 Mk. pro Tag und zwei Pferde zu erhöhen, wurde stattgegeben. Um einen erhöhten Feuerschutz für die Gemeinde zu schaffen, haben die hiesigen Industriellen eine Autospritze gekauft und wollen sie der Gemeinde zur unbeschränkten Verfügung überlassen. Die Vertreter der KPD. hegten Bedenken wegen der hohen Unterhaltungskosten. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die Spritze in erster Linie der Industrie zugute kommt, so muß aber bei der Ausgedehntheit unserer Gemeinde doch in Betracht gezogen werden, daß eine schnelle Hilfe doch ganz zweckmäßig auch für die Arbeiterschaft sein kann. Nach längerer Debatte wurden dann die Unterhaltungs- und Umbaukosten im Spritzenhause bewilligt.

Hierauf legte der Gemeindevorsteher mehrere Steuervorlagen vor; a) die Sätze für die Vergnügungssteuer wurden der Geldentwertung entsprechend, erhöht und genehmigt; b) zur Grundsteuerordnung wurde ein erster Nachtrag angenommen, wodurch die Steuer etwas beweglicher gestaltet wird. Die Sätze für unbebaute Grundstücke sollen das Fünffache betragen, gegenüber den bebauten Grundstücken; c) zum Ortsstatut für die Berufsschule wurde ein fünfter Nachtrag erlassen. Danach beträgt das Schulgeld in der 1. Gewerbesteuerklasse 5000 Mk., in der 2. Klasse 2000 Mk., in der 3. Klasse 500 Mk. und in der 4. Klasse 100 Mk. pro Jahr; d) die Neueinführung einer Verwaltungsgebührenordnung wurde zur nochmaligen Prüfung an den Gemeindevorstand zurückverwiesen; e) neu eingeführt wird eine Grundstückszubehör- und Wanderlagersteuer als Ergänzung zur Werbzuwachssteuer; f) zum Schluß wurde noch eine Herbergsvertragssteuer mit einigen Aenderungen angenommen. Die Aenderungen machten sich notwendig, um das Schlafstellenwesen bei der jetzigen Wohnungsnot nicht zu unterbinden.

Sämtliche Steuerordnungen sollen mit dem 1. April 1923 in Kraft treten. In der nächsten Sitzung sollen noch fünf neue Steuern vorgelegt werden.

Könnern. Nach der Schlacht. Bei der am Sonntag stattgefundenen Stadtverordnetenwahl war die Wahlbeteiligung eine außerordentlich geringe. Von 2600 Wählen haben über 800 ihr Stimmrecht nicht ausgeübt. Naturgemäß waren es leider wieder die arbeitenden Schichten, namentlich sehr viele Arbeiterfrauen, die auf ihr Recht verzichteten. Demzufolge haben die Linksparteien erheblich an Stimmen eingebüßt. Die Bürgerlichen dagegen haben einen Stimmenzuwachs von 240 zu verzeichnen. Bei der am 2. März 1919 stattgefundenen Stadtverordnetenwahl, bei der allerdings infolge des mitteldeutschen Generalstreiks die Wogen der Begeisterung besonders hoch gingen, vereinigten die beiden Linksparteien USPD. und SPD. 1876 Stimmen auf sich, während sie am Sonntag nur 975 Stimmen aufzubringen vermochten. Den Verlust von 400 Stimmen brachte einesteils die durch die große Not hervorgerufene Gleichgültigkeit vieler gegen alles, anderenteils aber auch die durch die kindische Unreife einiger „Kempine" hervorgerufene völlige Verwirrung. Die Kommunisten, die bei uns immer behaupten, das Erbe der USPD. angetreten zu haben, sind an diesem Verlust mit zwei Drittel, während die VSPD. mit einem Drittel beteiligt ist. Die mit uns eingegangene Listenverbindung brachte den Kommunisten erst das siebente Mandat, so daß eine Linksmehrheit von zehn, acht Bürgerlichen gegenübersteht. Die von den Kommunisten wiederholt, zuletzt noch am Tage vor der Wahl, aus purer Demagogie abgestrittene Listenverbindung rettete also die Situation. Wenn sie nun als stärkste Fraktion auf dem Rathause vertreten sein werden, wird es sich ja zeigen, ob sie die Situation zu meistern wissen, ob sie das mit großem Pomp Versprochene einlösen werden. Die übliche, rein negierende Kritik wird hier nichts nützen, hier heißt es, praktische Arbeit leisten. Die Namen der Gewählten sind folgende. VSPD.: Albrecht, Schlüter, Kurth; USPD.: Peter, Greiß, Keller, Frau Fiedler, Bethge, Wetzel, Ehrer; Bürgerliche: Heinrich, Hartung, Mandor, Boelcke, Knauff, Löbel, Keller und Eberhardt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230221-18/fragment/page=0005

Aus den Gerichtssälen.

Strafkammer.

Der Mann mit zwei Frauen.

Wegen Bigamie hatte sich der Kaufmann J. vor Gericht zu verantworten. Er war 1911 nach England gegangen, aus der preußischen Staatsangehörigkeit ausgeschieden, ohne jedoch die englische Staatsangehörigkeit zu erwerben, so daß er, als 1914 der Krieg ausbrach, weder zum deutschen, noch englischen Heeresdienst herangezogen werden konnte. Die Engländer internierten ihn aber wie alle anderen in England wohnenden Deutschen. Drei Monate vor Kriegsbeginn hatte er sich aber mit einer Engländerin durch Kirchentrauung verheiratet. Die Liebe mag nicht tief gesessen zu haben; denn nur ein paar Monate ließ die Frau hin und wieder von sich etwas hören. Als er 1919 nach Deutschland abgeschoben wurde, sah er sich auch nicht veranlaßt, bei ihr vorzufragen, ob sie mitwolle. 1921 verheiratete er sich nun zum zweiten Male mit einer Hallenserin. Ein Jahr später erschien aber in der deutschen Botschaft in London die angetraute Engländerin, legte den Taufschein vor und wünschte die Feststellung des Aufenthaltsortes ihres Gatten. So kam die Bigamie an den Tag. J. erklärte nun vor Gericht, er habe sich nicht für verheiratet gehalten, als er die zweite Ehe eingegangen; denn die erste Ehe sei nicht standesamtlich, sondern nur kirchlich erfolgt. Solche Ehen seien nach deutschem Recht nicht rechtsgültig. Dazu sei er Katholik, die Trauung sei aber in der englischen Hochkirche erfolgt. Der Staatsanwalt hielt Bigamie für vorliegend, wollte deshalb den Angeklagten bestraft wissen. Das Gericht vertagte die Sache.

Schöffengericht.

Schmählich hintergangen

wurde ein arbeitsloser Bäcker von dem 35jährigen Schlosser Willy Baltasar und dem 58jährigen Schuhmacher Franz Witte, was ihnen allerdings recht schlecht bekommen ist. Der Schlosser erbot sich, dem Bäcker einen Anzug und eine Uhr zu versetzen. Mehr wie 2000 Mk. sollte darauf nicht geliehen werden. B. trug darauf die Sachen zu dem Schuhmacher Witte, der auch einen Darlehnsschein über 2000 Mk. ausstellte, die Sachen aber dem Ueberbringer für 10 500 Mk. abkaufte. Der Bäcker sprach auch bei dem Schuhmacher vor, doch log dieser, die Sachen zurückgegeben zu haben. Die Inanspruchnahme der Polizei rette dem Bäcker den Anzug; die Uhr sollte schon nach Leipzig verkauft sein. Diese Unredlichkeit brachte dem Baltasar 4 Monate Gefängnis und eine Geldstrafe von 10 000 Mk. ein. Witte aber wurde mit einer Geldstrafe von 60 000 Mk. bedacht.

Aus der Provinz.

Bezirkskonferenz der Soz. Arbeiter-Jugend.

An alle Ortsgruppen des Bezirks!

Am Sonntag, dem 25. Februar, vormittags 9 Uhr, findet in Halle („Volkspark"), Burgstraße 27, eine

Bezirkskonferenz

statt.

Die Tagesordnung steht folgende Punkte vor:

1. Bericht über den Stand der Bewegung im Bezirk. Berichterstatter Genosse Reimand (Halle).
2. Unsere nächsten Aufgaben. Referent Genosse Zoll (Halle).
3. Sozialistische Erziehungsarbeit. Referent Gen. Hübler (Schkeuditz), Mitglied des Hauptvorstandes.
4. Stellungnahme zur Reichskonferenz im Mai 1928 in Görlitz.
5. Anträge.
6. Wahlen.
7. Verschiedenes.

Die Delegationsberechtigung geht aus dem Bezirksstatut hervor. Es muß für strenge Durchführung gesorgt werden. Wir erwarten deshalb von den Ortsgruppen, daß sie ihren Verpflichtungen umgehend nachkommen und die Abrechnung mit den Kreisleitungen vornehmen.

Vor dem Stattfinden der Bezirkskonferenz wird Sonnabend, den 24. Februar, abends 6 Uhr, in Halle, Harz 42/44, im Jugendbureau ein Kassiererkursus veranstaltet.

Am Sonnabend findet ferner im „Volkspark" ein Unterhaltungsabend der Ortsgruppe Halle statt. Wir erwarten, daß alle Anwesenden sich Sonnabend im „Volkspark" ab 7 Uhr einfinden.

Die Bezirksleitung.

Klatschende Ohrfeigen

versetzte am Sonnabend der bekannte Bodenreformer Adolf Damaschke auf der Tagung des Reichsstädtebundes den beiden rechtsstehenden Parteien, als er über die Grundvermögensteuer sprach und dabei auf das kürzlich im Landtage verabschiedete Grundsteuergesetz zu sprechen kam. Er bezeichnete das Gesetz so ziemlich als das schlimmste und rückständigste, was bisher auf diesem Gebiete geleistet sei. Ganze 46 Mk. nach heutigem Papiergeld sollen für den Hektar gezahlt werden, also noch nicht ein halbes Glas Schnapswert. Dabei sei einer noch aufgestanden und habe bei der in Aussicht genommenen Prüfung von Nutzungs- und Gemeinwert beantragt, den letzten Begriff zu streichen. Damaschke ahnte dabei nicht, daß gerade dieser Herr Abgeordnete sich vor ihm im Saale befand, es war Herr v. Eynern, der mit seinem Komplizen von der nationalen Volkspartei, dem Rektor Herrmann (Friedersdorf), das mehrfache Oberklassichen über sich ergehen lassen mußte. Ob die sozialdemokratischen Abgeordneten ebenfalls eingeladen waren, konnten wir nicht feststellen. Die Genannten sind es jedenfalls, denn Herr v. Eynern wohnt in Berlin; ebenso war Herr Dietrich vom Zentrum da. Das mag schließlich Nebensache sein, wenn aber der treudeutsche Rektor versucht hätte, wie es den Anschein hatte, sich durch eine Rede bei den Kleinstädtern anzubiedern, es wären zu den Damaschkeschen Ohrfeigen wesentlich kräftigere dazu gekommen.

Jollenbey. Ein tragisches Geschick. Die Arbeiter Paul Lichtenfeld und Emil Otto von hier sind schnell aus dem Leben gerissen worden. Sie wollten am Sonnabend zur Nachmittagsschicht zu ihrer Arbeitsstelle, der Papierfabrik Ammendorf, und benutzten, um den Weg abzuschneiden, den Bahndamm der Reichsbahn. Unglücklicherweise gingen sie auf der rechten Seite, so daß sie den aus Merseburg kommenden Zug im Rücken hatten. Dieser faßte sie kurz vor dem Uebergang bei Gleckes Ziegelei und schleuderte sie zur Seite. Lichtenfeld war sofort tot, während Otto noch nach Ammendorf gebracht werden konnte, wo er jedoch bald verschied. Der Todesfall ist um so tragischer, als beide verheiratet waren und drei resp. vier Kinder hinterlassen.

Rothbach. Gemeindevertreter-Sitzung. Der Lehrer Jungmichel hatte beantragt, ihm in der zweiten Schule eine Dachwohnung auszubauen, da seine Wohnräume sehr beengt sind. Infolge der kolossalen Preissteigerungen sämtlicher Baumaterialien war die Bezieht ung leider nicht in der Lage, den berechtigten Wunsch des Lehrers zu erfüllen. Der Ausbau wurde abgelehnt. Es soll versucht werden, für ihn eine größere Wohnung im Orte zu schaffen. Einstimmig wurde die Anschaffung einer Wandkarte vom Erdteil Asien für die 1. Klasse beschlossen. Die Verpachtung der Gemeindeäcker soll am 25. Februar im Gemeindegasthof stattfinden; die Pachtperiode läuft sechs Jahr, nähere Bedingungen liegen im Gemeindeamt zu jedermann's Einsicht aus. Bewohner, welche über zehn Morgen Land bewirtschaften, dürfen nicht mit bieten. Zum Gemeindewaisenrat für die nächsten sechs Jahre wurde der Gemeindevorsteher gewählt. Der Kreis hat zum Ausbau des Spritzenhauses 300 000 Mk. bewilligt, die Gewerkschaft „Gute Hoffnung" stiftete eine namhafte Summe. Rohlinge haben wieder eine ganze Anzahl junge Obstbäume böswillig abgebrochen. Wünschenswert wäre es, wenn auch die Einwohner ihr Augenmerk auf die Obstpflanzungen richteten, denn nur die Allgemeinheit hat den Schaden zu tragen, den hirnverbrannte Menschen anrichten. Der Gemeindevorsteher gab weiter bekannt, daß die eingeleitete Unterstützungsaktion für Altrentner von Erfolg gekrönt war. Es konnten nahezu ein Zentner Weizenmehl und Zucker an die alten Leute verteilt werden. Auf die im Umlauf befindliche Zeichnungsliste für das Nutzgebiet wird die Einwohnerschaft besonders aufmerksam gemacht.

Tilleda. Gegen Gewalt und Unterdrückung. Am Sonnabend sprach hier Genosse Peters (Halle) in einer öffentlichen Versammlung über: Die Ruhrbesetzung und ihre Folgen. Aufmerksam verfolgten die sehr zahlreich Erschienenen den gründlichen Darlegungen des Redners, der sich eingehend über die wirtschaftlichen Auswirkungen der französischen Gewaltaktion verbreitete. In der Diskussion wurden einige Fragen gestellt, die dem Genossen Peters Veranlassung gaben, in seinem Schlußwort die antisemitische Hetze der Deutschvölkischen einmal näher zu beleuchten. Er fand damit ebenso wie mit seinen anderen Ausführungen die Zustimmung der Versammlung. Zur Deckung der Unkosten wurden 738 Mk. gesammelt.

Hackpfüffel. Die Ruhrbesetzung und das deutsche Volk. Ueber dieses Thema sprach am Sonntag Genosse Peters (Halle) in einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung. Da die hiesige Einwohnerschaft mit den politischen Ereignissen sehr wenig vertraut ist und über die Ruhrbesetzung vollkommen im unklaren sich befindet, waren die Versammelten dem Genossen Peters für seine aufklärenden Ausführungen sehr dankbar. Eine Diskussion fand nicht statt. Die vorgenommene Tellersammlung erbrachte den Betrag von 1625 Mk.

Einen starken Kampffonds

können wir nur dann schaffen, wenn alle Parteimitglieder freiwillig dazu beitragen. Neben den Beitragseinnahmen

braucht die Partei

noch erhebliche Geldmittel zur Bestreitung ihrer Ausgaben. Alle gegenwärtig so dringend notwendigen organisatorischen Maßnahmen können nur

zur Durchführung

gelangen, wenn wir finanziell leistungsfähig sind. Soll die Partei in der Erfüllung

ihrer Aufgaben

nicht gehemmt werden, so muß jeder nach seinen Kräften durch freiwillige Beiträge zur Stärkung der Parteikasse beitragen.

Geldsendungen erbitten wir an:

Vereinigte Sozialdemokratische Partei, Bezirksverband Halle. Postscheckkonto Leipzig Nr. 87575.

Zörbig. Freidenkervortrag. Der vierte Vortragsabend der Ortsgruppe proletarischer Freidenker am Sonnabend im oberen Turnhallenzimmer erfreute sich wieder eines guten Besuchs, obwohl der Tag anderer Veranstaltungen wegen nicht gut gewählt war. Der Redner Genosse Redecke (Kemberg) verstand es, die Zuhörer trotz des reichhaltigen Zahlenmaterials, das bei dem Thema „Die Sonne und ihre Planeten" wohl nicht zu umgehen ist, durch temperamentvollen Vortrag zwei Stunden lang zu fesseln. Zahlreiche Anfragen der Zuhörer am Schlusse des Vortrags, die der Redner bereitwilligst und erschöpfend beantwortete, zeugten von ihrer regen Anteilnahme. Als Mitglied des Bundes der Sternfreunde konnte Genosse Redecke daneben mit guten Photographien aufwarten, die das Gehörte erst recht lebendig werden ließen.

Friedersdorf. Die angeblich hohen Zeitungspreise. In der vorigen Sonnabend-Ausgabe des „Volksblatt" wurde an Hand der gegenwärtigen Papierpreise und sonstigen Unkosten für die Lieferung unseres Parteiblattes den Lesern nachgewiesen, daß der diesen Unkosten entsprechende Abonnementspreis fast 5000 Mk. im Monat betragen müßte. Wenn der Verlag die Zeitung für ein Drittel dieses Betrages noch liefert, so sollte niemand mehr darüber klagen, daß die Zeitung zu teuer ist. Das Gegenteil ist richtig. Infolge des ungünstigen Verhältnisses zwischen dem Abonnements- und Herstellungspreis der Zeitung, wozu noch alle anderen Unkosten, auch die der Zustellung, kommen, befindet sich unser Verlag in großer Notlage und muß immer wieder zur Sammlung für seinen Betriebsfonds auffordern. Gewiß befinden sich auch viele Leser in großer Not; es reicht weder hin noch her. Mit dem Verzicht auf sein Parteiblatt und der Preisgabe jeder geistigen und politischen Verbindung mit seinen Klassengenossen würde die Geldknappheit im Haushalt und in der Wirtschaft keineswegs aufgehoben. Das Gegenteil würde sogar sehr bald eintreten. Wenn erst die Arbeiterpresse noch aufgegeben würde, so wären die Vorbedingungen zur Verbesserung der Lohnverhältnisse und des erzieherischen Einflusses auf die Arbeiterschaft beseitigt. Die Ausbeuterung der Armen und Bedrückten würde in noch schrankenloserem Umfange überhandnehmen. Laßt deshalb Euer Arbeiterblatt nicht im Stich, sondern unterstützt und verbreitet das „Volksblatt", wo sich nur irgendwie die Gelegenheit dazu bietet! Gebt Euch nicht selbst auf!

Zschornewitz. Zugentgleisung. Am Sonnabendvormittag entgleiste zwischen den Stationen Jüdenberg und Möhlau der fahrplanmäßig 9.38 Uhr ab Oranienbaum verkehrende Zug der Zschornewitzer Kleinbahn. Die Lokomotive sowie die nächstfolgenden Wagen überschlugen sich. Zum Glück kamen dabei, abgesehen von einem Leichtverletzten, Personen nicht zu Schaden. Die Aufräumungsarbeiten nahmen den ganzen Sonnabend in Anspruch und waren auch Sonntag mittag noch nicht beendet. Der Verkehr wurde inzwischen durch Umsteigen notdürftig aufrechterhalten. Ueber die Ursache der Entgleisung ist „amtlich" noch nichts bekannt. Gerüchtweise verlautet allerdings, daß mangelhafter Ausbau der Strecke die Ursache sei. In Anbetracht dessen, daß das Unglück leicht einen viel größeren Umfang hätte annehmen können — es brauchte nur einer der überfüllten Arbeiterzüge zu entgleisen — dürfte es kein unbilliges Verlangen sein, wenn wir schärfste Untersuchung der Schuldfrage fordern.

Piesteritz. Vom Elternbeirat. Eine am Freitag in der neuen Schule stattgefundene Sitzung des Elternbeirats nahm zunächst den Bericht vom Besuch des Schulunterrichts in Leipzig entgegen. Genosse Klaiber gab eine eingehende Darstellung der Versuchsschule in Leipzig. Ergänzt wurde der Bericht noch durch Rektor Becherer und mehrere Lehrer. In der Badeangelegenheit war das Lehrerkollegium und der Elternbeirat der Ansicht, daß das Baden wie auch der Turnunterricht und die Spiele zur Pflicht gemacht werden müssen. Wenn ein Kind nicht an den Schulbädern teilnehmen soll, muß ein ärztliches Zeugnis des Schularztes beigebracht werden. In der Gartenfrage soll jeder Klasse ein Stück Land, welches von der Gemeinde zur Verfügung gestellt wurde, überwiesen werden. An der Einzäunung des Grundstückes sollen die Eltern mithelfen und die Gemeinde nur das Material zur Verfügung stellen. Beschlossen wurde, kommende Woche eine Elternversammlung abzuhalten. Die Einladung soll durch die Schulkinder erfolgen.

Piesteritz. Aus der Mieterbewegung. Eine öffentliche Mieterversammlung fand am Sonnabend im „Volksheim" statt. Leider war der Besuch nur ein mäßiger. Die Bewohner der Siedlung, auf deren Wunsch die Versammlung einberufen wurde, waren nur zum kleinen Teil erschienen. Herr Mittelschullehrer Schleefe (Wittenberg) sprach über das Reichsmietengesetz, erläuterte eingehend die einzelnen Bestimmungen und schilderte die Vorteile des Gesetzes für die Mieter. In der anschließenden Aussprache wurde von mehreren Rednern das Verhalten der Stickstoffwerksverwaltung gegenüber ihren Mietern scharf kritisiert. Es wurden von dieser Firma die gesetzlichen Zuschläge wie in der Gemeinde erhoben, jedoch nicht nach der Grundmiete, sondern nach den jetzt erhobenen Mieten. Die Mieterverein wurde beauftragt, durch die behördlichen Instanzen feststellen zu lassen, ob ein derartiges Verfahren gesetzlich zulässig ist. Herr Ingenieur Burker, der Vertreter des Werks, hatte sich bei einer gemeinsamen Sitzung der Mieter- und Hausbesitzerkommission als Scharfmacher aufgespielt und höhere Sätze als die Vertreter der übrigen Hausbesitzer vorgeschlagen. Hierdurch scheiterten die Verhandlungen zwischen Hausbesitzern und Mietern. Es muß nun die Regierung entscheiden. Eingehend wurde vom Referenten der Begriff „freie Wohnung" und „Werkswohnung" erläutert. Demnach gehören die in der Siedlung wohnenden Mieter unter das Reichsmietengesetz und genießen auch die Rechte dieses Gesetzes. Eine größere Anzahl der Anwesenden trat dem Mieterverein bei.

Elsterwerda. Eine kommunistische Niederlage. In der letzten Vertrauensmänner-Versammlung des Metallarbeiterverbandes, die gut besucht war, wurden die Betriebsrätenewahlen besprochen. Ab 11. März sollen in allen Betrieben die Wahlvorschläge ausgehängt werden. Den Bericht über die erweiterte Beiratssitzung gab Kollege Hinterlach. Der Bericht war sehr ausführlich. Ueber die vom Beirat gefaßte Entschließung entspann sich eine lebhafte Debatte. Als erster erklärte Kollege Kaufe, daß er gegen eine Gedenksammlung für die Kollegen im Ruhrgebiet sei. Die Kollegen Adler und Vogel traten für die Entschließung des Beirats ein. Der zweite Bevollmächtigte, Hirsch, glaubte hier wieder etwas besonderes zu leisten und stellte einen Antrag, die Geldsammlungen nur dann vorzunehmen, wenn sie von dem Reichsausschuß der Betriebsräte ausgeschrieben werden. Kollege Hinterlach bat die Kollegen, für die Entschließung des Beirates einzutreten. Bei der Abstimmung stimmten 27 Kollegen für die Entschließung, 24 waren dagegen. Es werden nun in allen Betrieben Sammellisten für die Kollegen im Ruhrgebiet zirkulieren. Hoffentlich gibt jeder Kollege nach seinen Kräften. Unter Punkt Verschiedenes wurden mehrere Verbandsangelegenheiten erledigt. Diese interessante Vertrauensmänner-Sitzung hat gezeigt, daß auch die hiesige Arbeiterschaft mehr und mehr gewillt ist, die kommunistischen Phrasenre abzuschütteln. Die Kollegen, welche auf dem Standpunkte der VSPD. stehen, müssen sich auch in Zukunft fester zusammenschließen, damit es nicht wieder vorkommt, daß eine kommunistische Minderheit ihre parteiegoistischen Ziele zur Durchführung bringt.

Mansfelder Lande.

Eisleben. Kohlenferien. Wegen Kohlenmangel setzen mit dem heutigen Mittwoch beginnend und mit dem 3. März endend, an sämtlichen hiesigen Schulen Kohlenferien ein.

— Die Waffen nieder! Das bekannte Drama von Berta Suttner führt die Ortsgruppe des Internationalen Bundes der Kriegsopfer am Sonntagabend im Volkshaus-Saal auf. Der Ertrag dient der Linderung sozialer Not der Opfer des Völkermordens. Siehe heutiges Inserat.

— Preistafeln. Laut heutiger Bekanntmachung müssen von nun an die Waren mit Preistafeln versehen sein. Damit ist die Möglichkeit geboten, insbesondere auf dem Lebensmittelmarkte lehrreiche Vergleiche anzustellen. Sobald der Dollar steigt, kletern die Preise bis zur Bewußtlosigkeit, setzt aber eine rückläufige Bewegung ein, dann ist das Volk der Krämer ungeheuer schwerhörig. Einer ist im Preisefordern immer verrückter als der andere. Hoffentlich kommt beim Anschreiben gar zu hoher Preise auf den Preistafeln den schlimmsten Preispiraten die Schamröte so stark ins Gesicht, daß diese Geier gleich gezeichnet sind.

— Der Fluch des Mammons traf einen Monteur, der in einem Restaurant in der Leuschnerstraße wohnte und mit der Zeit durch das entstandene Vertrauensverhältnis ab und zu in der Gastwirtschaft mit hilfreiche Hand leistete. Eines Abends war die Tageskasse in beträchtlicher Höhe verschwunden, was zu einer sofortigen Visitation führte. Als die Reihe an den Monteur kommen sollte, zog er einen Revolver und erschoß sich an Ort und Stelle. Der Tod trat sofort ein. Bedauerlich, daß auf solche Weise Menschen entgleisen und über Bord gehen.

Gerbstedt. Oeffentliche Volksversammlung der VSPD. Sonntag abend 8 Uhr fand eine öffentliche Volksversammlung der VSPD. im „Schützenhaus" statt. Referent war der Genosse Schulz (Halle), der über das Thema sprach „Die Schuldigen und ihr Ziel". In anderthalbstündigen Ausführungen entwickelte er, vom Versailler Diktat ausgehend, an Hand eines ausgiebigen Zahlen- und Tatsachenmaterials das Reparationsproblem und zeigte die Triebkräfte des gegenwärtig vom französischen Militarismus geführten Raubkrieges gegen die friedliche deutsche Bevölkerung des Ruhrgebiets und seine Bodenschätze auf. Der Referent schilderte die Abwehr als den gewaltigsten internationalen Klassenkampf der Weltgeschichte, der nur von der internationalen Arbeiterschaft im gemeinsamen Kampf gegen den Militarismus gewonnen werden könne. Deshalb sei an die Spitze des Kampfes die Forderung Karl Marxens zu stellen: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" In der Diskussion sprach ein Kommunist namens Rosenberg, ein sehr sanfter und friedliebender Mann, der sich aus reiner Weltentrücktheit und überirdischer Schwärmerei ins Moskauer Lager verirrt hat, und der nach marterschütterndem Gejammer über die schlechte Welt und die bösen „Rechtssozialisten" wohlwollend die deutschnationale These unterstrich, daß man seinen Feinden nur durch Blut und Eisen beikommen könne. Genosse Schulz behandelte in seinem Schlußwort den schwachen Mann schonend, da er wohl annahm, daß auch das Rosenbergsche Leiden nicht lebensgefährlich sei und der kommunistische Patient bald auf den Pfad der politischen Tugend auch ohne die bewährte bolschewistische Pferdekur zurückkehren wird. Der starke Beifall der von zirka 500 Personen besuchten Versammlung sowie die häufigen Zustimmungen während des Referats sind der beste Beweis dafür, daß der hiesige Ortsverein in seiner Haltung und Arbeit auf dem richtigen Wege ist.

Ermsleben. Land- und Siedlungsfragen. Am Sonntag fand hier im „Ring" eine zahlreich besuchte Versammlung statt, die in der Hauptsache sich mit der geplanten Landentsiedlung seitens der hiesigen Großagrarier befaßte. Nach Darstellung des Verlaufs der bisherigen ergebnislos verlaufenen Verhandlung durch den Vorsitzenden Genossen Eckardt nahm der Landtagsabgeordnete Genosse Christange (Eisleben) das Wort und führte die bisherige Domänentaktik der Regierung vor Augen, wobei er auf die überaus rückständige Handhabung der Geschäfte in der Dominialverwaltung Merseburg verwies, die auch allen Ermslebern schon bekannt war. Ferner erläuterte er die Bestimmungen des Reichssiedlungsgesetzes, das Landarbeiter und Landwirtschaft unterstützende Berufe berücksichtige, ebenso die Schaffung von Kleinbauernstellen zuläßt. Eine gütliche Vereinbarung läßt sich in Ermsleben zwischen Großgrundbesitzern und besitzlosen Siedlungswilligen nicht herbeiführen. (Bisher gab man 210 Morgen freiwillig; jetzt ist den Agrariern der Kamm geschwollen, und sie lassen sich auf nichts ein.) So muß die Enteignung nach dem Reichssiedlungsgesetz eingeleitet werden, und zwar sofort. Betreffs der Domäne sollen die Herren Eckart und Stappenbeck mit Genossen Christange in Berlin vorstellig werden. Auch wurde aus der Versammlung Klage geführt über die Kirchengemeinde, die 12 Morgen im ganzen verpachtet hat, obwohl die Bäuerinnen der Lehrerschaft mit zugute kommen müßten. Genosse Christange gab noch treffende Beispiele über die „demokratische" Entwicklung des heutigen Staatswesens, die Rückständigkeit in der inneren Verwaltung sowie den Stand der Landgemeinde- und Städteordnung, die alle Hoffnung dahinten ließen. Es soll alles versucht werden, um der notleidenden Bevölkerung hier durch die Beibehaltung vom bisherigen Land zu helfen.

Wetter-Voraussage.

Donnerstag, den 22. Februar: Nach stattgehabten Schneefällen aufheiternd, trocken und Zunahme des Frostes.

Freitag, den 23. Februar: Meist heiter, trocken, strenger Frost.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230221-18/fragment/page=0006